

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

18. Sitzung vom 17. März 2008 • von 18.00 bis 21.10 Uhr • Casino Wohlen

Vorsitz: Konrad Gfeller, Präsident

Protokollführung: Betschart Daniela, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: **Einwohnerrat**
37 Mitglieder des Einwohnerrates
Absolutes Mehr: 19
Zweidrittelsmehr: 25

Gemeinderat

Walter Dubler, Gemeindeammann
Harold Külling, Vizeammann
Doris Becker, Gemeinderätin
Paul Huwiler, Gemeinderat
Matthias Jauslin, Gemeinderat
Christian Müller, Gemeinderat
Toni Schürmann, Gemeinderat

Weitere Anwesende

Peter Hartmann, Gemeindeschreiber
Peter Christen, Chef Repol
Felix Brühwiler,
Marcel Christen, Kdt Feuerwehr

Entschuldigungen
Elmar Ludl, SP
Tomi Schmid, Freis Wohle
Peter Tanner, SVP

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahme Benno Kohli, FDP
3. Bericht und Antrag 11083 betr. Ordentliche Einbürgerungen
4. Bericht und Antrag 11066 betr. Genehmigung des Vorvertrages zum Abschluss eines Kaufvertrages zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und der Feldmann-Immobilien AG, Muri, betreffend Grundbuch Wohlen LB Nr. 2716, im Halte von 74,90 Aren, Bünzstrasse, zu pauschal Fr. 5'200'000.—
5. Bericht und Antrag 11081 betr.
 - Erlass eines Parkplatzbewirtschaftungsreglements inkl. Änderung von Anhang 7 des Gebührenreglements
 - Bewilligung eines Verpflichtungskredits von Fr. 390'000.00 für die Umsetzung
6. Motion 11076 betr. Analyse von Verwaltungsabläufen inkl. Führungsebene
7. Bericht und Antrag 11082 betr. Bewilligung eines Bruttokredits von Fr. 452'238.00 für die Anschaffung eines Pikettfahrzeuges (PIF) für die Stützpunktfeuerwehr Wohlen

130 0.011.5 Einwohnerrat; Eingänge und Mitteilungen
Eingänge und Mitteilungen

Gfeller Konrad, Präsident: eröffnet die Sitzung und begrüsst die Anwesenden. Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 21.01.2008 zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 11081 betr. Erlass eines Parkplatzbewirtschaftungsreglements inkl. Änderung von Anhang 7 des Gebührenreglements / Bewilligung eines Verpflichtungskredits von Fr. 390'000.00 für die Umsetzung
- Bericht und Antrag 11082 betr. Bewilligung eines Bruttokredits von Fr. 452'238.00 für die Anschaffung eines Pikettfahrzeuges (PIF) für die Stützpunktfeuerwehr Wohlen
- Bericht und Antrag 11083 betr. Ordentliche Einbürgerungen
- Anfrage 11084 betr. Kostensteigerung und Missbrauch im Sozialwesen
- Anfrage 11085 betr. Bilderverkauf (Kulturpolitik)
- Motion 11086 betr. Gesamtschau Wohler Zentrum
- Dringliche Motion 11087 betr. Gesamtschau Wohler Zentrum
- Dringliche Motion 11088 betr. Entwicklung Islerareal

- Protokolle der Sitzungen vom 12.11.2007, 03.12.2007 und 21.01.2008
- Einladung zu Informationsveranstaltungen
 - Bildungskleeblatt am 25.02.2008
 - Verkauf Isler-Areal an Feldmann Immobilien AG am 03.03.2008
 - Kauf PIF-Fahrzeug Feuerwehr 08.03.2008
- Absichtserklärung des Gemeinderates betr. Jakob Isler-Areal, per Mail am 12.03.2008
- Einladung zur heutigen Sitzung
- Rücktritte aus dem Einwohnerrat von Regula Meier-Rösti, FDP, und Elmar Ludl, SP
- Präsidiumswechsel Fraktion SP/Eusi Lüt&Grüne: von Arsène Perroud an Anna Keller
- Präsidiumswechsel Fraktion FDP: von Regula Meier-Rösti an Andrea Duschén

Gfeller Konrad, Präsident: verliest das Rücktrittsschreiben von Regula Meier-Rösti.

Leider müssen wir vom Rücktritt von Regula Meier-Rösti Kenntnis nehmen und ihn akzeptieren. Vor 7 Jahren, am 01.01.2001, wurde sie als Einwohnerrätin in Pflicht genommen. Bereits 1 Jahr später wurde sie in die Einbürgerungskommission gewählt und zugleich übernahm sie bis Ende 2005 das Kommissionspräsidium. Als Mitglied der Einbürgerungskommission sind Eigenschaften wie Menschenkenntnis, Einfühlungsvermögen und Gesprächsführung gefragt, geht es doch darum zu prüfen, ob die gestellten Bedingungen erfüllt sind. Im Herbst 2006 wurde dir das Präsidium der Fraktion FDP übertragen. Im Herbst 2007 wurde sie zum zweiten Mal in die Einbürgerungskommission gewählt. Auch nichtparlamentarische Aufgaben hat sie daneben wahrgenommen. Vom 01.01.1998 bis April 2007 war sie Mitglied der Betriebskommission Chinderhuus. Dazu hat sie Einsitz in der Ortsbürgerkommission seit Februar 2005. Dies war nur ihr politisches Wirken. Als Schulleiterin der Schulen Künten stellt sie sich täglich den beruflichen Herausforderungen. Regula Meier hat mit Leidenschaft politisiert. Sie hat die Fähigkeit, die zu behandelnden Geschäfte gesamtheitlich zu betrachten und zu beurteilen. Sie kann anderen Meinungen zuhören und sie akzeptieren. Hätten sie sie überzeugt, konnte sie den Kurs wechseln. Sie hat sich für eine sachbezogene Politik eingesetzt. Im Namen des Einwohnerrates danke ich Regula Meier-Rösti für ihren Einsatz im Einwohnerrat, den Kommissionen und unserer Fraktion zum Wohl der Gemeinde Wohlen. Ich hoffe, dass ihr der Rücktritt aus dem politischen Geschehen die Zeit gibt, ihr den nötigen Freiraum zu schaffen. Den Blumenstrauß werde ich ihr nach den Ostern persönlich überbringen. Ich wünsche Regula Meier-Rösti alles Gute, viel Wohlergehen und nur das Beste.

Gfeller Konrad, Präsident: verliest das Rücktrittsschreiben von Elmar Ludl.

Ich bedauere den Rücktritt von Elmar Ludl. Er war seit 01.01.2006 im Einwohnerrat. Noch nicht so lange, doch war er vorher kein Unbekannter. Seit 2002 war er Mitglied der Finanzkommission. Der Voranschlag 2007 wurde unter seiner Obhut im Parlament beraten, amtierte er doch als Präsident ad interim infolge krankheitsbedingtem Ausfall von Louis Bucher. Elmar Ludl kann leider die notwendige Zeit für das Amt als Einwohnerrat nicht mehr aufbringen, weil die berufliche Tätigkeit dies nicht mehr zulässt. Sein Naturell lässt auch nicht zu, nur halbherzig im Einwohnerrat mitzuwirken. So ist der Rücktritt die logische Konsequenz. Wir verlieren dadurch ein junges und interessiertes Ratsmitglied. Es ist schon komisch, gerne hätten wir junge Leute, die sich politisch engagieren. Auf der anderen Seite lässt dies ihr berufliches Umfeld gar nicht zu. Im Namen des Einwohnerrates bedanke ich mich bei Elmar Ludl für seine geleistete Arbeit im Rat und in der Finanzkommission. Auch ihm werde ich nach den Ostern eine Flasche Wein überreichen.

Zum Sitzungsablauf

Gfeller Konrad, Präsident: In der Zeitung stand, dass der Gemeinderat das Traktandum 4 von der Traktandenliste genommen hat. Dies geht nicht. Er kann höchstens das Geschäft zurückziehen.

Welches Geschäft auf der Traktandenliste aufgeführt wird, bestimmt der Einwohnerrat. Dies zur Klärung.

Nach der Inpflichtnahme von Benno Kohli behandeln wir die Dringlichkeit der eingereichten Motionen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich informiere Sie betreffend dem neuen Delegationsreglement, welches der Gemeinderat gestützt auf § 39 des Gemeindegesetzes und § 36 der Gemeindeordnung erlassen hat. Mit diesem Reglement werden gewisse gemeinderätliche Entscheidungsbefugnisse an die Verwaltung delegiert. Wer von einem delegierten Entscheid betroffen ist, kann innert 10 Tagen erklären, dass er/sie damit nicht einverstanden ist. Der Gemeinderat trifft daraufhin einen eigenen Entscheid. Das Delegationsreglement tritt am 01.04.2008 in Kraft. Es kann unter der Homepage, Bereich Verwaltung/Publikationen, eingesehen und heruntergeladen sowie bei der Gemeindekanzlei in Papierform bezogen werden. Der Gemeinderat möchte sich mit diesem Reglement von operativen Geschäften entlasten und den Entscheidungsweg verkürzen.

131 0.011.6 Einwohnerrat; Inpflichtnahmen
 Kohli Benno, FDP

Gfeller Konrad, Präsident: Liest das Amtsgelübte vor und nimmt Benno Kohli in Pflicht.

Ich stelle zu Händen des Protokolls fest, dass Sie nun in Pflicht genommen worden sind. Ich wünsche Ihnen bei der Ausübung dieses verantwortungsvollen Amtes viel Erfolg und Befriedigung und heisse Sie im Namen meiner Ratskolleginnen und Ratskollegen herzlich willkommen.

132 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen
 Dringliche Motion 11087 betr. Gesamtschau Wohlen Zentrum – Beschlussfassung über die Dringlichkeit

With Corinne, SP: Am 01.03.2008 hat unsere Fraktion eine Motion eingereicht, welche den Gemeinderat beauftragt, eine Gesamtschau über das Wohler Zentrum in professionelle Hände zu geben und anhand von einem Masterplan die umliegenden Areale der Jacob Isler-Wiese miteinander zubeziehen. Da der Gemeinderat das Geschäft für den Verkauf des Isler-Areals an die Feldmann Immobilien AG für die heutige Einwohnerratssitzung zurückgezogen hat, sehen wir uns gezwungen, diese Motion als dringlich einzureichen. Das Vorhaben des Gemeinderates ist klar. Er will das Isler-Areal einer gut zahlenden Immobilienfirma zu einem hohen Verkaufspreis verkaufen. Er sucht nach bestmöglichen Varianten, um den im Alleingang ausgearbeiteten Vorvertrag mit der Feldmann Immobilien AG einzuhalten. Es scheint mir, durch die Absichtserklärung, in welcher er auch noch die Raiffeisenbank zum Zuge kommen lässt, erhofft er sich doch noch die Zustimmung des Einwohnerrates. Wie sich aber im Abstimmungskampf um die Umzonung des Isler-Areals gezeigt hat, ist dieses Vorhaben nicht nach dem Willen der Wohler Bevölkerung. Bereits am Podiumsgespräch im Oktober 2007 wurde das Anliegen nach einer professionellen Gesamtplanung deutlich. Hat dies der Gemeinderat überhört oder einfach nur ignoriert? Die grosse Mehrheit ist für eine Nutzung, die unserer Gemeinde dient. Wäre die Umnutzung in eine Parkzone nicht eine Wertvernichtung gewesen, multifunktionell und ohne Parkhaus geplant, wäre diese Initiative mit höchster Wahrscheinlichkeit mit einem deutlichen Ergebnis angenommen worden. Hätte der Einwohnerrat aber signalisiert, dem Vorhaben des Gemeinderates, nämlich der Verkauf des Isler-Areals, zuzustimmen, wäre die Umzonung trotzdem, und davon bin ich über-

zeugt, angenommen worden. Jetzt wurde die Umzonung deutlich verworfen. Und schon will der Gemeinderat das Isler-Areal kurzerhand verkaufen, ohne im Vorfeld einen Masterplan über die nahegelegenen leerstehenden Areale erstellt zu haben und all seine Optionen nicht zu nutzen. Ich bitte Sie, die Dringlichkeit anzunehmen, damit die Motion dem Gemeinderat überwiesen werden kann. Denn nur mit einer Gesamtschau anhand eines Masterplanes über das Isler-Areal mit Islerpark, dem nahegelegenen IBW-Plätzli und Merkurareal hat Wohlen eine Chance, etwas Gutes aus der Mitte zu realisieren und weiterzudenken, als nur gerade an die momentane Schuldenvernichtung.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat ist für die Dringlichkeit und bittet Sie, dieser zuzustimmen.

Gfeller Konrad, Präsident: stellt fest, dass aus der Ratsmitte gegen die Dringlichkeit keine Einwände bestehen und erklärt die Dringlichkeit als beschlossen.

133 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen
Dringliche Motion 11088 betr. Entwicklung Isler-Areal - Beschlussfassung über die Dringlichkeit

Steiner Landert Judith, SVP: In Ergänzung zum Votum von Corinne With, welches wir unterstützen, möchten wir folgendes festhalten: Wir möchten, dass der Gemeinderat eine Kreditvorlage für die Erarbeitung der planerischen Entwicklung, einen Masterplan, vom Ortskern, Isler-Areal, Kirchenplatz, Obere Zentralstrasse usw., ausarbeitet und uns Bericht und Antrag zur Einführung der Gestaltungsplanpflicht für das Isler-Areal vorlegt. Weshalb wollen wir dies? Weil wir wollen, dass man sich zuerst über die Nutzung, die Verwendung der gemeindeeigenen Parzellen Rechenschaft gibt. Wir und die Bevölkerung wollen eine offene und professionelle Planung für dieses Gebiet. Nur mit der Gestaltungsplanpflicht können wir den Gemeinderat und die späteren Grundeigentümer in Pflicht nehmen. Wir müssen Sorge tragen zu unserem Dorfkern. Das ist kein reines Finanzgeschäft. Sogar die bürgerlichen Parteien denken nicht in erster Linie ans Sparen, sondern an eine gefreute Gestaltung und Entwicklung in unserem Dorfkern. Hier muss das Herz sprechen, nicht der Buchhalterverstand.

Külling Harold, Vizeammann: Der Gemeinderat ist auch hier für die Dringlichkeit.

Gfeller Konrad, Präsident: stellt fest, dass aus der Ratsmitte gegen die Dringlichkeit keine Einwände bestehen und erklärt die Dringlichkeit als beschlossen.

Bericht und Antrag 11083 betr. Ordentliche Einbürgerungen

Bertschi Bruno, Präsident Einbürgerungskommission: Bericht und Antrag 11083 umfasst Einbürgerungen, welche die Kommission im letzten Jahr unter dem Präsidium von Angelika Baur beschlossen hat. Ich war allerdings bereits Mitglied der Kommission. Wie Sie sehen, wurden von 61 Gesuchstellern 33 aus diversen Gründen zurückgestellt (Nichtbestehen der Prüfung, ungenügende Deutschkenntnisse). Wir haben in den ersten wenigen Monaten in diesem Jahr vermehrt festgestellt, dass zurückgestellte Einbürgerungswillige via Gewerkschafter und Anwälte versucht haben, Druck auf uns auszuüben. Dies lassen wir nicht zu. Wenn die Einbürgerungskommission beschliesst, jemanden zurückzustellen, dann ist dies einfach so. Wenn aber die Einbürgerungskommission einer Einbürgerung einstimmig zustimmt, dann können Sie davon ausgehen, dass die erforderlichen Kriterien alle erfüllt sind: die Steuern sind bezahlt, es liegen keine Betreibungen vor, keine laufenden polizeilichen Untersuchungen, kein Strafregistereintrag, genügende Sprachkenntnisse und Assimilation. Einstimmigkeit heisst nicht, dass die Einbürgerungskommission das Gesuch mit geschlossenen Augen durchwinkt. Die Einbürgerungskommission arbeitet seriös. Sie können davon ausgehen, dass niemand vorgeschlagen wird, der nicht das Recht auf Einbürgerung hat. Ich empfehle Ihnen alle Gesuchsteller zur Einbürgerung.

Abstimmungsergebnis

Eingelegte Wahlzettel	37
leer / ungültig	<u>0</u>
gültig	37

Nachstehenden Bewerbern wird das Gemeindebürgerrecht der Gemeinde Wohlen gemäss § 15 Abs. 1 KBüG wie folgt zugesichert:

	JA	NEIN	UNGÜLTIG LEER	TOTAL STIMMEN
Barukcic Mirjana	35	2	--	37
Cam Mehmet mit den Kindern Ronay und Ronika	35	2	--	37
Duric Dijana	37	--	--	37
Foric Azra	36	1	--	37
Hoxha Vjollce mit Kindern Demokrat, Denise, Dafina, Blerina und Melinda	36	1	--	37
Huo Wenjie	36	1	--	37
Rexhaj Nazlime mit Kindern Ardi und Aurela	37	--	--	37
Sakiran Cetin	35	2	--	37
Selmanaj Blerta	35	2	--	37

Sylaj Naim und Sylaj-Morina Lindije und Sohn Noldit	36	1	--	37
Sylaj Xhelil und Sylaj-Bytyci Vahide und Kindern Adelina, Arlinda und Artina	36	1	--	37
Velikikeska Julija	36	1	--	37
Yildirim Hatice	36	1	--	37

135

0.011.1

Einwohnerrat; Berichte und Anträge

Bericht und Antrag 11066 betr. Genehmigung des Vorvertrages zum Abschluss eines Kaufvertrages zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und der Feldmann-Immobilien AG, Muri, betreffend Grundbuch Wohlen LB Nr. 2716, im Halte von 74,90 Aren, Bünzstrasse, zu pauschal Fr. 5'200'000.—

Gfeller Konrad, Präsident: Ich möchte den Gemeinderat bitten dem Rat bekannt zu geben, ob er das Geschäft zurückzieht oder nicht.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Sie haben Kenntnis davon erhalten, dass wir in der letzten Woche zusammen mit der Firma Feldmann Immobilien AG und der Raiffeisenbank Wohlen eine Absichtserklärung unterschrieben haben. Wir haben dies im guten Glauben gemacht, einen Beitrag zu leisten, welcher zu einer guten Lösung für Wohlen führt. Wir haben festgestellt aufgrund der Zeitungsberichte, dass dies dem Einwohnerrat sauer aufgestossen ist und vehemente Reaktionen ausgelöst hat. Der Gemeinderat bedauert dies. Ich möchte Ihnen ausdrücklich sagen, dass nicht die Absicht bestand, den Einwohnerrat vor den Kopf zu stossen. Der Gemeinderat hat vor einer Woche darüber diskutiert, wie es wäre, wenn dieses Geschäft trotzdem an der heutigen Sitzung diskutiert würde. Man ist aus formellen Gründen zum Schluss gekommen, dass man nicht einen Bericht und Antrag zur Diskussion stellt und am Schluss sagt, der Einwohnerrat kann nicht entscheiden. Wir haben festgestellt, dass dies nicht verstanden wurde. Man will darüber diskutieren. Zeichen dafür sind die vorliegenden dringlichen Vorstösse. Zur Sache werden wir bei den einzelnen Vorstösse Stellung nehmen. Wir bedauern es, wenn wir Sie vor den Kopf gestossen haben sollten. Dies war nicht unsere Absicht.

Gfeller Konrad, Präsident: Ich entnehme aus dem Votum von Gemeindeammann Walter Dubler, dass der Gemeinderat den Bericht und Antrag 11066 zurückzieht und dieser nicht mehr existent ist.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Bericht und Antrag 11066 ist vorerst zurückgezogen. Er ist nicht obsolet. Bestandteil davon ist ein Vertrag, welcher der Gemeinderat mit der Feldmann Immobilien AG unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Einwohnerrates abgeschlossen hat.

Gfeller Konrad, Präsident: Entweder man behandelt ein Geschäft oder man zieht es zurück. Wird es zurückgezogen, ist es nach meinem Verständnis vom Tisch. Wenn der Gemeinderat es wieder bringen möchte, muss das Geschäft den normalen Weg nehmen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Bericht und Antrag ist zurückgezogen.

Gregor Ariane, GPK-Sprecherin: Vor wenigen Tagen hat der Gemeinderat den Bericht und Antrag betreffend Verkauf Isler-Areal sistiert. Mit dieser Aktion hat der Gemeinderat den Einwohnerrat für mundtot erklärt. Diese politische Bombe vernichtet gegenseitiges Vertrauen in die Arbeit

beider Gremien. Die GPK ist enttäuscht über diesen selbstgerechten Schachzug. Wie kann es sein, dass beide volksvertretenden Gremien so diametral auseinander liegen können?

Leider geht es nicht mehr um die Sache als Solches, d.h. das Bestmögliche für dieses Areal und für die Wohlerinnen und Wohler zu bestimmen. Ich bin überzeugt, dass die beiden Investoren dem Auftrag des Gemeinderates gerecht würden. Darum geht es aber nicht! Es fehlt die wesentlichste Komponente: das Mitspracherecht des Volkes! Die sehr gut besuchte Podiumsveranstaltung im letzten Jahr hat klar gezeigt, welche Richtung eingeschlagen werden sollte.

Ein halbes Jahr später hat sich die Brisanz der Thematik um das Areal nicht geändert. Folgerichtig haben AZ und WA Material erhalten. Und die Wohler Dorf-Politik steht einmal mehr in der Kritik.

Lassen wir uns wieder auf die sachliche Ebene zurück und schauen das Herzstück als wichtiges pulsierendes Teil vom Ganzen an. Wischen wir den ganzen Schaden, der angerichtet wurde, gemeinsam auf und beginnen von vorne:

Will heissen:

- der Gemeinderat zieht die Absichtserklärung zurück
- die Feldmann Immobilien AG erhält einen Betrag an ihre Analysen
- umgehendes Einsetzen einer breit abgestützten Arbeitsgruppe

Der Einwohnerrat macht seine Arbeit. Die entstandenen Motionen sind die Früchte davon.

Alle Parteien sind einhellig der gleichen Meinung. Dieses Zeichen der Allianz muss doch auch beim Gemeinderat ankommen und seine Haltung und Handlung massgeblich beeinflussen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Vorvertrag wurde mit der Firma Feldmann Immobilien AG abgeschlossen. Im Dezember 2005 wurde dem Einwohnerrat ein Vertrag präsentiert mit der gleichen Firma. Dieser gab anlässlich der Behandlung im Einwohnerrat wenig zu diskutieren. Der Einwohnerrat war voll des Lobes. Der Vertrag mit der Firma Feldmann betreffend Isler-Areal ist eine ähnliche Vertragskonstruktion.

Im Mai 2006 hat der Einwohnerrat die BNO verabschiedet. Darin sind die Kernzone und die Gestaltungsvorschriften definiert. Dies sind praktisch die strategischen Vorgaben für den Gemeinderat, wie er mit Grund und Boden im Zentrum umzugehen hat. Danach hat der Gemeinderat auch gehandelt.

Ich komme zur Motion. Sie enthält gute Gedanken. Im Auftrag wird betont, die Kriterien für die Nutzung des Isler sollen rasch ausgearbeitet werden. Wir teilen diese Meinung. Die Problematik im Vorstoss sehen wir bei der Verknüpfung mit dem IBW-Platz und dem Merkur-Areal. Welche Erfahrungen hat Wohlen gemacht?

Beispiel 1: Im Jahr 1984/1985 gab es den Ideenwettbewerb Wohlen Mitte. Dieser hat sich erstreckt von der Zentralstrasse über die Bünzstrasse bis zur Kirche. Dieser Wettbewerb wurde von der Gemeinde bezahlt und kostete Fr. 266'000. Das Gebiet war also grösser als das aktuelle. Im Jahr 1986 hat Wohlen einen Richtplan Mitte erlassen. Diese Dokumente kosteten die Gemeinde Fr. 86'000. Der gesamte planerische Aufwand kostete Fr. 352'000. Im Mai 1991 erschien der Artikel „Marti Unternehmungen – Das Isler-Areal soll ein städtisches Gesicht erhalten“. Ich halte es kurz: gebaut wurde nie.

Beispiel 2: Im November 1981 hat der Gemeinderat zu einem Ideenwettbewerb betreffend IBW-Platz eingeladen. 1985 wurde die Arbeit einer gemeinderätlichen Arbeitsgruppe (Präsident Herbert Koch) nach 14 Sitzungen sistiert. Die Gründe dafür waren die Planung Wohlen Mitte und die Ausarbeitung der Spezialzonenvorschriften für die Steingasse. Zwischen 1986 und 1992 gab es im Einwohnerrat diverse Vorstösse. Im März 1992 setzte der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe ein mit dem Auftrag, die Nutzung des IBW-Areals mit den angrenzenden Liegenschaften zu prüfen und Bericht zu erstatten. Im November 1995 gab es eine Volksabstimmung über das Bauprojekt Geissmannhaus und Gestaltung IBW-Platz. Es ging um rund Fr. 2.545 Mio. Das Volk lehnte ab. Die Projektierungskosten betrugen über Fr. 124'000. Passiert ist nichts. Ich informiere Sie zusätzlich über folgendes: Der Gemeinderat hat den IBW-Platz im September 2007 auch der Raiffeisenbank angeboten. Das nicht zuletzt, weil 1984 sogar ein Entwurf vorlag für die Übernahme des Areals durch die Raiffeisenbank im Baurecht. Die Bank lehnte ab.

Was will ich damit sagen? Wohlen hat in den 80er und 90er Jahren viel geplant. Die Gedanken waren gut. Gebaut und realisiert wurde nichts. Und das zählt. Dies darf nicht mehr passieren. Wenn der IBW-Platz und das Merkurareal im Sinne von einem groben „Masterplan“ erwähnt werden, dann ist dies nachvollziehbar. Das Schwergewicht der Arbeit muss aber klar bei der Nutzung des Isler-Areals liegen, welches mit den angrenzenden Liegenschaften einen klaren Rahmen hat. Dies ist auch die Meinung von erfahrenen Planern. Aber auch hier werden Kompromisse nötig sein. Es darf nicht zuviel miteinander verknüpft werden, sonst passiert am Ende nichts. Gute Ideen und planerische Vorstellungen sind das eine. Am Ende müssen sie auch finanziert werden. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Es soll nur dort etwas fein geplant werden, wenn auch eine Finanzierung für die Realisierung vorliegt. Nach diesem Motto handelte die Gemeinde in den letzten 10 Jahren konsequent. Jetzt gibt es sogar Investoren, die bereit wären, beim Isler-Areal mitzumachen. Diesen gilt es Sorge zu tragen. Der Immobilienmarkt hat auch ein Zeitfenster. Es gibt günstigere und weniger günstige Zeiten. Das Zeitfenster ist im Moment of-

fen. Später, wenn es zu lange dauert, vielleicht nicht mehr. Der Gemeinderat und die Bauverwaltung sind bestrebt, die Planungsarbeiten speditiv und mit Sorgfalt anzugehen. Die Führung liegt bei der Gemeinde. In diesem Sinne ist der Gemeinderat bereit, die Motion entgegen zu nehmen.

Steiner Landert Judith, SVP: Ich gebe Ihnen die Fraktionserklärung zum Rückzug des Bericht und Antrages 11066 bekannt:

Die Demokratie lebt davon, dass verschiedene Meinungen, Ansichten und Wertungen aufeinander prallen. Genau dies war für heute Abend vorgesehen: Die GPK, die Fraktionen, die Parteien und die einzelnen Einwohnerräte haben sich seit einem halben Jahr intensiv mit der Vorlage „Verkauf Isler-Areal“ befasst. Bis vor kurzem hat der Gemeindeammann am eingeschlagenen Weg festgehalten und versprochen, dass heute die Debatte erfolgt. Der Gemeinderat hat auch alle möglichen Hebel in Bewegung gesetzt, das Geschäft durchzudrücken. Erst als der Gemeinderat – und dies kurz vor Torschluss – die unabwendbare Niederlage im Einwohnerrat erkannte, hat er eine Kehrtwende vollzogen. Die SVP empfindet dieses Vorgehen als Diskussionsverweigerung.

In Fachkreisen geht man davon aus, dass die Gründe für diesen Starrsinn unlauter sein könnten. Die SVP hofft, dass keine Provisionen im Spiel sind! Die SVP ist bestürzt darüber, dass wieder einmal der gleiche Notar, nämlich IBW-Präsident Meier, den Vertrag schreiben durfte. Immer wieder bei den grossen Geschäften „wünscht“ die Käuferschaft diesen Notar – siehe u.a. Kauf Paul-Walser-Areal mit der gezinkten Submission, Verkauf Paul Walser-Areal an die Famo AG. Das sind ja schöne „Zufälle“. Die SVP hat schon lange vermutet, dass zwischen Gemeindeammann und diesem Notar eine gewisse Abhängigkeit besteht. Es muss nicht eine finanzielle Abhängigkeit sein, es gibt auch andere Formen der Abhängigkeit. Diese unschöne Vermutung wird immer stärker. Wir würden es begrüssen, wenn das Gegenteil der Fall wäre.

Wir bedanken uns bei den anderen Parteien und Fraktionen: Diese haben Wort gehalten und stehen – wie die SVP – für eine überlegte Gesamtplanung für das Zentrum, für den Ortskern ein. Heute kann der Einwohnerrat beweisen, dass er kein Kopfnicker-Parlament sein will.

Der Gemeinderat ist zumeist zerstritten. Jetzt aber, beim schnellen Verschachern des Isler-Areals, war der Gemeinderat einmal einig - und hat einen gewaltigen Scherbenhaufen angerichtet. Heute stehen wir vor der Frage, wie unsere Gemeinde am besten aus diesem Schlammassel herauskommt.

Seit vielen Jahren verweigert der Gemeinderat und ganz besonders der aktuelle Ressortvorsteher Dubler die Diskussion über zentrale Punkte der Entwicklung unserer Gemeinde. Wir erwähnen hier nur das Inventar der schützenswerten Objekte (unerledigte Motion Dubler aus dem Jahr 1989!), fehlende Verkehrsplanung, Verweigerung der Zonenplanung. Die SVP-Fraktion hat allergrösste Bedenken: Wenn Ressortvorsteher Dubler nicht einmal die Planung eines einzelnen Grundstücks im Zentrum, eben das Isler-Areal, professionell aufgleisen kann, wie will er dann die Totalrevision des Bauzonenplanes bewerkstelligen?

Zum Schluss noch einen kurzen Rückblick: Schon im Jahr 2004 (Mitwirkungsverfahren BNO) und im Jahr 2006 (Revision BNO im Einwohnerrat) hat die SVP verlangt, dass mehr Gebiete mit der Gestaltungsplanpflicht belegt werden, z.B. das Isler-Areal. Die Gebiete im Aesch und beim Bahnhof (Camille Bauer-Areal) reichen nicht aus. Wir wurden schon damals nicht ernst genommen.

Der Gemeinderat sollte jetzt folgendes tun:

1. Sofort seine Berater austauschen und kritische Fachleute beiziehen. Das Planungsbüro Marti ist seit über 50 Jahren für unsere Gemeinde tätig. Das Resultat sehen wir jetzt.
2. Eine umfassende Lagebeurteilung vornehmen.

3. Klare Ideen über die Verwendung der gemeindeeigenen Parzellen entwickeln.
4. Klare Ideen über die Revision des ganzen Bauzonenplanes fassen. Danach das Isler-Areal anpacken.
5. Keine neuen Kommissionen und Arbeitsgruppen einsetzen, aber die Bevölkerung und den Einwohnerrat einbeziehen, den Dialog mit den Parteien, dem Einwohnerrat und dem Volk suchen. Der Gemeinderat könnte von den umliegenden Gemeinden (Villmergen, Bremgarten, Muri, Waltenschwil) noch einiges lernen!

Wir fordern – wie schon beim Fall Külling/Steiner vor 9 Monaten – die sechs nebenamtlichen Gemeinderäte auf, das Zepter zu übernehmen und dem überforderten Gemeindeammann klare Aufträge zu erteilen. Vermeiden Sie nach Ferropolis eine zweite Planungsleiche im Keller von Gemeindeammann Dubler! Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr – zum Wohl der Gemeinde!

Gfeller Konrad, Präsident: Gemeindeammann Walter Dubler wurde persönlich angegriffen. Ich finde dies nicht gut. Der Gemeinderat ist eine Kollegialbehörde. Walter Dubler hat das Recht, Stellung zu nehmen.

Külling Harold, Vizeammann: Ich möchte etwas klar stellen: Es sind nie Provisionen geflossen. Ich finde es eine ungeheurliche Verdächtigung, solche Aussagen ohne Beweise in die Welt zu setzen. Es sind keine Provisionen geflossen, nehmen Sie dies bitte zur Kenntnis.

Dubler Walter, Gemeindeammann: verzichtet auf eine Stellungnahme.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Nur wenige Dinge: Was ist ein Masterplan? Ich persönlich weiss es nicht. Wir unterstützen die Motion, sehen dies aber als unsauber abgegrenzten Begriff an. Ich als Gemeinderat wüsste nicht genau, was ich machen sollte. In der SP-Motion steht: „... der lange Weg mit Gestaltungsplänen...“ – es ist kein langer Weg. Ein Gestaltungsplan kann innert 8 bis 12 Monaten erstellt werden, wenn man Gas und sich Mühe gibt. Diese Aussage ist falsch. Der Weg ist kurz, wenn der Wille vorhanden ist. Den früheren Planungskredit über ca. Fr. 75'000 für die Gestaltung des Isler-Areals nun umfunktionieren für diesen Zweck – da würden wir ein Fragezeichen dahinter machen. Wir unterstützen aber die Motion.

Abstimmung

Die Dringliche Motion 11087 betr. Gesamtschau Wohler Zentrum wird einstimmig überwiesen.

137 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen
Motion 11088 betr. Entwicklung Isler-Areal

Külling Harold, Vizeammann: Der Gemeinderat ist nicht bereit, diese Motion entgegenzunehmen. Zum einen haben Sie gerade vorhin die Motion der SP überwiesen. Es ist von Jean-Pierre Gallati nicht ganz zu Unrecht auf gewisse Widersprüche hingewiesen worden, welche sich ergeben, wenn Sie diese Motion auch überweisen. In der überwiesenen Motion heisst es: „Der gesprochene Planungskredit für die Gestaltung des Isler-Areals soll dazu verwendet werden.“ In der Motion 11088 wird die Ausarbeitung einer Kreditvorlage verlangt. Gewisse Dinge, welche in der Motion 11088 erwähnt sind, sind bereits mit der überwiesenen Motion 11087 abgedeckt. Ganz entscheidend und einschneidend ist die Forderung nach einem Bericht und Antrag zur Einführung einer Gestaltungsplanpflicht. Es wurde gesagt, es sei kein langer Weg. Ein Gestaltungsplan verlangt gewisse Formalien. Es ist auch so, dass der Kanton bei einem Gestaltungsplan ein Mitspracherecht hat. Ich möchte darauf hinweisen, dass ein Gestaltungsplan eine Auflage benötigt, es könnte Einsprachen geben. Es ist richtig, man kann ein solches Verfahren relativ schnell

abhandeln, wenn man sich bewusst ist, was dieser materiell beinhalten soll. Wenn ich aber berücksichtige, was ich in den letzten Monaten alles gehört habe, habe ich den Eindruck, dass keine grosse Einigkeit darüber herrscht, was auf dem Isler-Areal passieren soll.

Weiter wurde hier erwähnt, dass man keine weiteren Arbeitsgruppen oder Kommissionen wolle, man wolle die Bevölkerung miteinbeziehen. Dies kann man alles machen! Aber es wird seine Zeit brauchen, weil jeder seine Überlegungen einbringen kann, diese beurteilt werden müssen und man zu einem Ziel kommen muss. Ich möchte Sie bitten, diese Motion nicht zu überweisen. Sie schränken sich selber ein! Man will eigentlich unbeschränkt planen können. Mit der Gestaltungsplanpflicht schränken Sie sich selber ein. Dies ist übrigens unüblich für eine Liegenschaft, die einem selbst gehört.

Es wurde gesagt, dass man genau wisse, was das Volk denke. Ich wäre vorsichtig mit solchen Äusserungen. Wir wissen klar und deutlich, was das Volk über die Vorlage mit der Umzonung in eine Park- und Parkhauszone denkt. Alles andere sind Interpretationen. Ich kann Ihnen einen Volksentscheid präsentieren. Im Jahr 1987 wurde über das Gestaltungsplanobligatorium Wohlen Mitte abgestimmt. Dieses ging über fremde Grundstücke, keine gemeindeeigenen. Damals hat das Volk die Vorlage mit 1'241 Nein gegen 781 Ja abgelehnt. Ich kämpfte vehement als Präsident der FDP gegen die Gestaltungsplanpflicht. Es ist merkwürdig, wie sich in der Zwischenzeit die Fronten verschoben haben.

Schliesslich steht in der Begründung: „Damit alle interessierten Investoren an der Entwicklung des Areals teilhaben können, ist der Vorvertrag mit der Feldmann Immobilien AG im Notfall unter Kostenfolge aufzulösen.“ Man muss sich hier fragen: Wie soll das gehen? Wie stellt man sich das vor? Es gibt Möglichkeiten, z.B. im gegenseitigen Einvernehmen. Dies bedingt aber das Einverständnis des Vertragspartners. Oder die Ablehnung des Vorvertrages durch den Einwohnerrat bei der Behandlung des Bericht und Antrages. Dann wäre der Vertrag hinfällig.

Ich möchte Sie bitten, diese Motion nicht zu überweisen. Sie ist unausgegoren, ein Schnellschuss. Dies zeigt alleine die Formulierung. Sie haben die Motion der SP überwiesen. Damit sind die Anliegen sicher gut aufgehoben. Wenn Sie diese Motion auch noch überweisen, stellen Sie eine problematische Widersprüchlichkeit her.

Kohli Benno, FDP: Ich möchte festhalten, dass die Meinung von Vizeammann Harold Külling nicht diejenige der Fraktion FDP ist.

Bereits im letzten Herbst hat die FDP an der Podiumsdiskussion die planerische Gesamtschau unter Einbezug der räumlichen Umgebung gefordert. Im Gegensatz dazu will der Gemeinderat auch heute noch das Grundstück mit erheblichem Gewinn verkaufen und so eine städtebaulich gute Überbauung ermöglichen. Das Projekt soll anhand eines privat organisierten Wettbewerbs erarbeitet werden, nach dem Verkauf. Nach der Ablehnung der Umzonung hätten wir heute über dieses Verkaufsgeschäft abstimmen sollen. Wie allen klar ist, wäre der Verkauf abgelehnt worden. Doch der Gemeinderat zaubert plötzlich eine Vereinbarung zwischen Raiffeisenbank, Feldmann Immobilien AG und Gemeinde hervor und zieht dieses Geschäft undemokratisch zurück. Er verhindert damit ein weiteres Mal eine Diskussion über dieses Geschäft und bricht das Versprechen des Gemeindeammannes, welches er der Lokalpresse am 05.02.2008 gegeben hat. In dieser Vereinbarung werden die Forderungen nach der Planung angesprochen. Man merkt allerdings, dass das Papier unausgegoren ist, dass die wenigsten Fragen geklärt sind. Es kommt auch der Eindruck auf, dass es dem Gemeinderat primär schnell gehen muss und der Einbezug der Raiffeisenbank primär dazu dienen soll, das Geschäft dem Volk schmackhaft zu machen. Mit dieser Vereinbarung werden weitere Investoren weiterhin ausgeschlossen. Dies können wir nicht akzeptieren. Wir verlangen deshalb, notfalls unter Kostenfolge, die Auflösung des Vorvertrages mit der Feldmann Immobilien AG, damit die Wahl des Investors auch in einer Wettbewerbssituation erfolgen kann. Weder ein Verkauf an die Feldmann Immobilien AG noch an die

Raiffeisenbank kann für Wohlen zum heutigen Zeitpunkt eine Option sein. Wir dürfen die Planung unseres Zentrums nicht einfach einem Investor überlassen und die Verantwortung nicht an ihn oder eine kleine Arbeitsgruppe delegieren. Nachdem die planerischen Eckwerte anhand von einer Planung, bspw. Masterplanung bestimmt wurden, muss das in einem Gestaltungsplan grundeigentümerverbindlich werden, so dass die öffentlichen Aspekte berücksichtigt sind. Die FDP unterstützt die Motion, bei welcher sie selber Mitinitiator war. Wir fordern eine Gesamtplanung über die Bereiche Isler-Areal, Casino, Isler-Villa und Kirchenplatz. Gleichzeitig muss aber auch das Parkplatz- und Parkraumproblem der oberen Zentralstrasse und des Casinos studiert und realistische Lösungen aufgezeigt werden. Zuviele Projekte in nächster räumlicher Umgebung wurden ohne Konzept realisiert. Es ist an der Zeit, dass die Gemeinde Wohlen die Zügel in die Hand nimmt und ihrer Verantwortung bezüglich Gestaltung des Zentrums gerecht wird. Erst dann können Investoren gesucht und eventuell Land verkauft werden. Es ist an der Zeit, dass die Planung von diesem Gelände und unserem Zentrum einer seriösen demokratisch abgestützten Planung unterzogen wird. Schnellschüsse unter Ausschluss der Öffentlichkeit sind nicht gefragt.

Nun muss ich noch widersprechen wegen der Gestaltungsplanpflicht. In keiner Art und Weise kann die BNO die planerischen Aspekte und öffentlichen Interessen an dieser zentralen Lage garantieren. Wenn die Gemeinde Land verkauft und diese erst nach Erhalt der Baubewilligung bezahlt wird, ist die Gemeinde erpressbar. Wir brauchen die Gestaltungsplanpflicht für die Parzelle 2716 als Schutz auch vor dem Gebaren von unserem Bauvorsteher, dem ehemaligen Präsidenten der Dorfkerngenossenschaft, Walter Dubler. Bei der Erteilung der Baubewilligung für die Famo AG auf dem Paul Walser-Areal haben er und René Meier in der Raum-, Bau- und Verkehrsplanungskommission jeden planerischen und gestalterischen Einwand hintertrieben. Sogar die Bepflanzung der dort entstehenden Parkplatzwüste wurde mit massivem verbalem Druck verhindert, damit die Famo AG möglichst schnell die Baubewilligung erhalten hat und die Gemeinde ihr Geld. Auf Einwirken von Walter Dubler und René Meier hat der damalige Gemeinderat unter fragwürdiger Auslegung, wenn nicht sogar Missachtung des gültigen Zonenplanes, auf die Ausarbeitung eines Gestaltungsplanes freiwillig verzichtet, obwohl auch das Paul Walser-Areal am Ortseingang sicher ein wichtiger Ort ist für die städtebauliche Entwicklung von Wohlen. Das Isler-Areal darf nicht nach dem selben Muster verkauft werden. Dies müssen wir verhindern. Ich frage mich, wo der Wille zur städtebaulichen Entwicklung in Wohlen ist resp. wo die positiven Resultate der jahrelangen Beratung durch unseren Ortsplaner sind. Nur mit der Gestaltungsplanpflicht und scharfer Beobachtung durch die Bevölkerung kann das Spiel zur Wiederholung verhindert werden.

Benz Guido, CVP: Zur Zeit herrscht eine riesige Hektik um das Isler-Areal bzw. um den Bericht und Antrag. Eine unheilvolle Hektik. Man merkt dies überall, auch in den Voten. Man schweift ab und bringt Dinge, die gar nicht dazu gehören. Man riskiert Hüftschüsse. Wir haben zwei Motionen vor uns. Beide haben gemeinsam, dass sie einen Gesamtplan verlangen, hier als Masterplan bezeichnet. Die CVP-Fraktion unterstützt die Meinung, dass ein Gesamtplan zur Entwicklung des Isler-Areals bzw. der Umgebung benötigt wird. Es sind sich aber hoffentlich alle einig, hier möchte ich Jean-Pierre Gallati durchaus zustimmen, dass die Details bzw. die Aufgaben dieser Gesamtplanung oder des Masterplans genau überlegt und klar definiert werden müssen. Die SP-Motion beschränkt sich auf das Stichwort „Masterplan“. Während die Motion Isler-Areal ein zweites Element ergänzt, nämlich einen Antrag für einen Kredit. Ich gehe davon aus, dass mit diesem Kreditantrag genau erklärt wird, was man eigentlich will, heute aber noch nicht genau bestimmen kann. Das ist unserer Meinung nach eine wichtige Ergänzung zu der Motion der SP. Wir sind übrigens ebenfalls der Meinung, dass der Perimeter dieses Masterplans alle zentralen öffentlichen Liegenschaften umfassen soll, aber auch die gesamte Umgebung gedanklich mitberücksichtigt werden muss. In dieser Motion hat es Punkte, worüber wir ganz eindeutig nicht glücklich sind. Das ist die Formulierung wegen der Gestaltungsplanpflicht im Punkt 2. Wir erachten dies als unzweckmässig. Auch wir sind natürlich der Meinung, dass die Gestaltungsplanpflicht überlegt werden muss. Und übrigens auch, dass durchaus eine gewisse Wahrscheinlichkeit für die Unterstellung dieses Areals oder eine Gestaltungsplanpflicht besteht. Dieser Entscheid ist unse-

res Erachtens erst dann zu fällen, wenn die Details des Masterplans auch bekannt sind. Nachdem es aber hier nur um den Antrag geht und wir nicht über die Gestaltungsplanpflicht bestimmen, kann die CVP akzeptieren, dass es in dieser Motion steht.

Nicht einverstanden ist die CVP mit der Forderung in der Begründung der Motion. Der Gemeinderat soll den Vorvertrag mit der Feldmann-Immobilien AG auflösen. Dieser Entscheid ist unserer Meinung nach durch den Einwohnerrat zu fällen, und zwar mit dem Entscheid über das Geschäft 11066. Ich habe mich der Illusion hingegeben, dass wir heute tatsächlich darüber entscheiden könnten. Es ist nun anders gekommen. Für uns ist jedenfalls Punkt 1 dieser Motion entscheidend, welchen wir voll und ganz unterstützen. Deshalb sind wir auch einstimmig dafür.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Ich bin der Meinung, dass eigentlich ein Masterplan genügen würde, wenn der Einwohnerrat und der Gemeinderat am selben Strick ziehen würden. Dass dies aber nicht so ist, hat sich bereits im Vorfeld zu dieser Einwohnerratssitzung gezeigt. Auch heute Abend sieht man wieder, dass hier die Vorstellungen diametral auseinander gehen. Ich denke, dass nur mit einer verschärften Forderung der Gestaltungsplanpflicht der Einwohnerrat und auch das Volk abschliessend Sicherheit haben, dass mit diesem Areal das passiert, was Einwohnerrat und Volk möchten. Darum bitte ich Sie, auch dieser zweiten Motion zuzustimmen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich gratuliere dem FDP-Präsidenten zu seiner Jungfern-Rede, welche wir in der SVP als hervorragende Rede empfunden haben. Ich möchte nur kurz auf die Argumentation des Gemeinderates oder des Vizeammanns eingehen. Diese Argumentation ist schlicht und einfach gesagt als „hahnebüchen“ zu bezeichnen. Es geht natürlich nicht zu behaupten, es gäbe zwischen der angenommenen SP-Motion von vorher und der jetzt diskutierten überparteilichen Motion Widersprüche. Es ist so, wie Guido Benz bereits gesagt hat: Die zweite Motion hat einfach ein zweites Element drin, den Kredit und die Gestaltungsplanpflicht. Einen Widerspruch gibt es in keiner Art und Weise, und das habe ich vorhin auch nicht so gesagt. Es mag sein, dass die SP-Motion wie die überparteiliche Motion in der Begründung den einen oder anderen Satz beinhaltet, welcher überlegt werden sollte. Mit der Begründung muss man nicht einverstanden sein. Es geht letztendlich um die Stossrichtung, um den Auftrag, welcher oben genannt wird. Die Haltung des Gemeinderats ist „hahnebüchen“. Der Gemeinderat will sich einmal mehr aus dieser Pflicht „gesamthafte Denken, gesamtheitlich den Ortskern gestalten“ herauswinden. Darum bitte ich Sie, hier ein Zeichen zu setzen. Nehmen Sie einstimmig die überparteiliche Motion an.

Thiébaud Alain, FDP: Auch ich finde die Argumentation des Gemeinderates betreffend dieser Motion, welche eine Gestaltungsplanpflicht fordert, für nicht logisch. Einerseits sagt man, man möchte gerne planen, dies vorsichtig in Angriff nehmen, sich Zeit lassen und keine Schnellschüsse wagen und keine Widersprüche im Gesamten haben. Andererseits versucht man möglichst schnell das Isler-Areal hindurch und unter Ausschöpfung aller legalen Mittel zu verkaufen. Für mich ist unverständlich und auch respektlos, dass der Gemeinderat uns als Volksvertreter, die ihre Zeit opfern und sich vorbereitet haben, verweigert, über diesen Vertrag mit der Feldmann-Immobilien AG abzustimmen und ein definitives Ergebnis zu erlangen. Wir finden auch, dass der Gemeinderat die vollumfänglichen Kosten zu verantworten hätte, wenn die Gemeinde schadenersatzpflichtig würde aus der späteren, nicht durch den Einwohnerrat ausgelösten, Auflösung des Vertrages mit der Feldmann Immobilien AG. Ich fordere den Gemeinderat auf, dieses Geschäft heute noch zur Abstimmung freizugeben.

Külling Harold, Vizeammann: Es fällt mir nicht so einfach, hier eine Antwort zu geben. Ich finde diese Tiraden deplaziert, welche hier ihren Lauf gefunden haben, auch die Diskussion über Baugesuchsverfahren, die jetzt hier nicht Thema sind und die meisten von Ihnen diese Baugesuchsakten nicht kennen. Ich finde es auch nicht richtig, dass man behauptet, wir seien erpressbar. Man kann ganz klar und deutlich sagen, der Vorvertrag, welchen wir mit der Feldmann-Immobilien AG abgeschlossen haben, zeigt ja genau den Willen des Gemeinderates auf. Dem Gemeinderat geht es nicht einfach darum, ein Stück Land zu verscherbeln. Im Vorvertrag sind

Bedingungen enthalten. Eins muss man klar sehen: Dieses Gelände geht erst mit einer rechtskräftigen Baubewilligung an den neuen Eigentümer über. Hier haben wir Einflussmöglichkeiten. Und hier nun einem Bauvorsteher persönliche Unterstellungen zu machen, dass er sein Amt nicht nach bestem Wissen und Gewissen diesbezüglich ausübt, finde ich ungeheuerlich. Das finde ich „hanebüchern“. Ich möchte noch etwas zu Guido Benz und dem von ihm erwähnten Hüftschuss sagen. Er hat damit recht. Die Motion hier über die Entwicklung des Isler-Areals ist ein Hüftschuss. Er hat es selber bereits begründet, warum es einer ist. Er sagte ja selber, dass man zum Punkt 1 stehen könne und zum Punkt 2 nicht. Leider hat er aber die Konsequenzen nicht gezogen und gesagt, dass man so diese Motion nicht überweisen könne. Ich bitte Sie, dies nochmals zu überdenken. Ich hoffe, dass jeder von Ihnen weiss, was er macht, wenn er dieser Motion zustimmt und für die Gestaltungsplanpflicht ist. Deshalb bitte ich Sie, sich dies nochmals zu überlegen.

Benz Guido, CVP: Ich möchte noch zur Hüftschuss-Problematik kurz Stellung nehmen. Ich verstehe nicht, wie Sie als Jurist das so sagen können. Ich sagte deutlich, dass man heute nicht über die Gestaltungsplanpflicht entscheidet. Sondern heute entscheiden wir lediglich, dass der Gemeinderat einen Auftrag erhält. Wenn dieser Auftrag erfüllt wird und dieser Antrag kommt, habe ich doch alles Recht, diesen abzulehnen. Ich sagte aber auch, dass es möglicherweise eine sehr zweckmässige Sache sei. Nun möchte ich zuerst diese Planungsgrundlagen sehen und verstehen, was wir nun hier machen und aufgrund von diesem ein Urteil fällen. Dies steht mir zu.

Kohli Benno, FDP: Ich glaube, Viele sprechen über den Gestaltungsplan und die Wenigsten wissen, was es überhaupt ist. Ich selber mache im Moment einen Gestaltungsplan, wo wir über einen Fluss bauen. Wir geben diesen nun ein und wir rechnen damit, dass wir im Herbst 2008 bauen können. Es ist überhaupt kein gefährliches Instrument. Ich bin überzeugt, dass jeder Investor, der etwas davon versteht, dieses Instrument auch anwendet. Im jetzigen Zeitpunkt drängte es sich einfach noch nicht auf und ich sehe nicht ein, weshalb sich der Gemeinderat vehement gegen den Gestaltungsplan stemmt. Im Weiteren muss ich ganz klar sagen, dass jeder Landverkäufer, der das Geld erst dann bekommt, wenn der Käufer die Baubewilligung erhält, insbesondere die Gemeinde, ist erpressbar. Weil zu jedem Aspekt, den man zu diesem Baugesuch auf den Tisch legt, gesagt wird: „Wenn das so ist, wird nicht gebaut.“ So haben wir es beim Famo-Baugesuch erlebt.

Külling Harold, Vizeammann: Ganz kurz zu Guido Benz. Du hast es selber gesagt. Vorab möchtest du die Planungsgrundlagen haben und dann kannst du entscheiden, ob eine Gestaltungsplanpflicht eingeführt werden soll. Das ist nun genau das, welches dem entgegensteht, was in der Motion steht. Natürlich kann man sagen, ich kann später einmal einen Bericht und Antrag wieder ablehnen. Wenn man so unsicher ist, dann muss man doch dem Gemeinderat nicht einen solchen Auftrag erteilen. Man muss genau dies machen, was die SP-Motion will. Nämlich zuerst einen Masterplan machen und danach kann man sich ja immer noch diese Frage überlegen.

Abstimmung

Die Motion 11088 betr. Entwicklung Isler-Areal wird einstimmig überwiesen.

Bericht und Antrag 11081 betr. Erlass eines Parkplatzbewirtschaftungsreglements inkl. Änderung von Anhang 7 des Gebührenreglements und Bewilligung eines Verpflichtungskredits von Fr. 390'000.00 für die Umsetzung

Gregor Ariane, GPK-Sprecherin: Die nächste Tranche der Überarbeitung des Gebührenreglements steht an. Die GPK hat sich an ihrer Sitzung Ende Februar 2008 lang und gründlich mit dieser Thematik befasst. Die Absicht des Gemeinderates ist, Parkplätze auf öffentlichem Grund flächendeckend und konsequent zu bewirtschaften. Das Konzept ist aufgeteilt in Reglement und Verordnung. Im Reglement werden die Rahmenbedingungen und Grundsätze durch den Einwohnerrat festgelegt und der Gemeinderat wird in der Verordnung die Verfeinerungen vornehmen. So kann im Laufe der Zeit auch auf gemachte Erfahrungen unbürokratisch, schnell und sinnvoll reagiert werden. Die Umsetzung der Bewirtschaftung kann nur mit einer neu geschaffenen Stelle von 50 % bewältigt werden. Das Gemeindegebiet wird unterteilt in die Kernzone, wo vorwiegend mit Parkuhren, in die Zentrumszone, wo vorwiegend mit Parkuhren und teilweise mit Parkkarten und in das übrige Gemeindegebiet, wo vor allem mit Dauerkarten operiert wird. Die Motion hat damals vor allem auf Laternenparkierer abgezielt. Jetzt ist ein umfangreiches Werk entstanden, welches für viele ein erschreckendes Ausmass angenommen hat. Die Konsequenz der Einhaltung im gesamten Gemeindegebiet muss gewährleistet sein. So müssen gebührenpflichtige Parkplätze in allen Schulhäusern eingeführt werden. Im Reglement ist dies unter Art. 2 auch so vermerkt. Warum es vorgängig keine Steuersenkung geben kann, wird damit begründet, dass der Einnahmenüberschuss der Bewirtschaftung bereits im Finanzplan enthalten ist. Der Gemeinderat rechnet somit mit diesen Einnahmen. Auch ist es noch zu früh, da die wichtigen Erfahrungszahlen fehlen, um definitiv zu berechnen, wie viele Steuerprozent der Überschuss ausmacht. Der Einwohnerrat wird mit der Budgetdebatte in Pflicht genommen, so denn die Zahlen vorliegen. Die Gewerbetreibenden, welche mehrmals am selben Ort parkieren, um ihre Aufträge zu erledigen, müssten eine Dauer- oder Tageskarte lösen. Die Gebühren für das Nachtparkieren zielen auf die Laternenparkierer ab. Durch die Konsequenz des Umsetzens des Konzeptes kann nicht ab z.B. 19.00 Uhr darauf verzichtet werden. Die Gebührenhöhe ist allerdings sehr moderat. Denn Hausbesitzer bezahlen für einen Parkplatzbau ein Vielfaches mehr von dieser. Für einen Grossandrang im Schwimmbad genügen die vorhandenen Parkplätze nicht. Deshalb werden entlang des Schwimmbads neue Parkfelder markiert. Zusätzlich ist zu bemerken, dass diese Parkplatzbewirtschaftung eine gute Möglichkeit darstellt, den Verkehr zu regeln. Bei einem Fussballmatch, Tennisevent oder Athleticumanlass will der Gemeinderat einen Parkdienst mit Ticketverkauf organisieren, um diesen Grossandrang sinnvoll meistern zu können. Die Bauverwaltung erhielt den Auftrag, die Möglichkeiten zu untersuchen, welche auf dem Merkur-Areal bestehen, um Parkplätze zu schaffen. Wir hatten in der GPK noch einen interessanten Gedanken, und zwar die Einführung eines Mobilitätsmanagement beim Gemeindepersonal. Aber dies steht jetzt nicht zur Debatte. Gebühren sind nie willkommen. Solange sie aber verbraucherorientiert sind, ist die notwendige Gerechtigkeit bestehend. Wie ich vernommen habe, ist der Gemeinderat auch gewillt, neue und positive Verfeinerungen in der Verordnung vorzunehmen. Die GPK beschliesst, trotz einigen Widrigkeiten, mit 6 zu 1, dass das Parkplatzbewirtschaftungskonzept eingeführt werden sollte.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Der Gemeinderat hat gemäss dem Motionstext diese Problematik aufgearbeitet. Er hat zwar leider 6 Jahre dafür gebraucht. Ich kann Ihnen aber garantieren, dass wir nun etwas erarbeiten konnten, wo schlussendlich alle damit leben können. Für diese 6 Jahre möchten wir uns selbstverständlich entschuldigen, denn es ist nicht Usanz, dass Motionen diese Dauer benötigen.

Ziel des Gemeinderates: Die Erfüllung der Aufträge der Motion aus dem Jahr 2002. Darin war enthalten, dass Parkieren auf öffentlichem Grund grundsätzlich gebührenpflichtig sein soll. Wir sind soweit gegangen, dass für die Bewirtschaftung kein Unterschied zwischen Tag und Nacht

gemacht wird, da dies den Ablauf vereinfacht. Das Parkieren auf bezeichneten Parkplätzen ist gebührenpflichtig. Überall und auf dem ganzen Gemeindegebiet. Weitere Ziele:

- Gleichbehandlung aller Betroffenen: die Ansetzung des gleichen Massstabes bei allen und keine Bevorteilung oder Benachteiligung.
- Einfachheit und Flexibilität in der Umsetzung

Der Einwohnerrat bestimmt Grundsätzliches. Sie verabschieden das Parkierungsreglement. Sie werden auch dem Anhang des Gebührenreglementes zustimmen und Sie werden einen Verpflichtungskredit von Fr. 390'000 behandeln.

Nun komme ich auf die wichtigsten Inhalte des Reglementes zu sprechen. Wir

- regeln das Abstellen von Fahrzeugen,
- definieren die Gebührenpflicht grundsätzlich (nicht im Detail),
- machen eine Zoneneinteilung
- definieren Dauerparkierung,
- verweisen auf den Anhang 7 im Gebührenreglement, welchen wir bei einer Anpassung der Gebühren ändern müssten.

Den Vollzug des Reglementes legen Sie in die Hände des Gemeinderates.

Ich komme zur Umsetzung des Reglementes. Der Gemeinderat wird eine Verordnung erarbeiten. Sie haben bereits ein entsprechendes Muster vorliegen, wie sich der Gemeinderat die Umsetzung vorstellt. Der Gemeinderat

- legt die Gebühren im durch Sie bewilligten Rahmen fest.
- legt die maximale Parkdauer fest.
- legt die Abstufung der Gebührenpflicht fest.
- organisiert mit der Repol die Herausgabe der Parkkarte.
- regelt die Details der Gebührenerhebung.

Ich komme zu den Parkgebühren. Es wurden 3 Parkzonen sowie die entsprechenden Bänder, unterteilt in Tag und Nacht, definiert.

Zu den Parkkartentypen: Die Motion wollte das Dauerparkieren untersucht haben. Dies möchte man mit Dauerparkkarten lösen. Diese berechtigen zum Parkieren des Fahrzeuges in einer zugewiesenen Parkierungsanlage. Sie können nicht überall parkieren, sondern Sie erhalten bei der Repol einen Bereich zugeteilt, wo Sie Ihr Fahrzeug abstellen dürfen (Strasse, Parkplatz, Quartier). Es gibt sogenannte Tages- und Mehrtageskarten für Vertreter, Lieferanten, Handwerker usw. Darauf hat bereits die GPK-Sprecherin hingewiesen. Eine dritte Karte ist diejenige für Öffentliche Dienste. Dies beinhaltet v.a. Feuerwehr, Sanität, Rettungsdienste. Es kann nicht sein, dass die Feuerwehr bei einem Einsatz bezahlen müsste. Dies will man mit dieser Karte abdecken. Auch die Preise der jeweiligen Parkkarten werden in der Verordnung geregelt. Die Preise sind abgestuft nach PW, Lieferwagen, LKW und Motorräder.

Zu den Finanzen: Wir haben eine einmalige Investition von Fr. 390'000. Wir rechnen zur Zeit aufgrund der Zusammenstellung der Repol mit Mehreinnahmen zu heute mit Fr. 470'000. Wir haben aber auch eine Mehrbelastung. Man muss neben dem Unterhalt für mehr Parkuhren auch eine Annuität für die Abschreibung einrechnen sowie eine Stelle schaffen, damit die Kontrolle und der Unterhalt der Parkuhren gesichert ist. Die Mehrbelastung in der Laufenden Rechnung gegenüber heute beträgt Fr. 103'000. Dies macht unter dem Strich ein zusätzlicher Einnahmeüberschuss von Fr. 367'000.

Zum Finanzplan: Im Jahr 2008 haben wir beim Mehrertrag Reglementsänderungen Fr. –430'000 eingestellt (PP-Bewirtschaftungs-, Friedhof-, Kanalisations-, Gebührenreglement). D.h., diesen Teil haben wir gerechnet für Gebühren, welche wir im Jahr 2008 realisieren werden können. Wir haben damals schon mit der Anpassung der Gebühren gerechnet. Aus diesen Fr. 430'000 sind Fr. 160'000 aus der PP-Bewirtschaftung eingeflossen. Wenn Sie die Fr. 367'000 zusätzlicher Einnahmeüberschuss den Fr. 160'000 im Finanzplan berücksichtigten Mehreinnahmen gegenüberstellen, haben Sie Fr. 207'000 mehr. Jetzt kommt ein wichtiger Punkt: Der Gemeinderat hat sich aufgrund der Diskussionen in den Parteien und in der GPK dazu entschlossen, dass er klar die Absicht hat, die Steuern im Voranschlag 2009 um ein weiteres Prozent zu senken. Bei Einführung der Grüngutgebühr hat der Gemeinderat eine Senkung um 3 % in Aussicht gestellt. Zusammengezählt bedeutet dies, dass der Voranschlag auch in der Erarbeitung mit den –4 % bearbeitet werden.

Ich komme zu den Nachtgebühren: wir wurden darauf hingewiesen, dass andernorts keine Nachtgebühren erhoben werden. Das ist richtig. Es gibt aber auch Orte, die Nachts Gebühren verlangen. Wir sind der Meinung, dass Parkgebühren eine Abgabe für die Benützung von öffentlichem Grund ist. Dies soll grundsätzlich auch Nachts gelten. Dauerparkieren soll generell gebührenpflichtig sein. Damit Sie nicht jedes Mal, wenn Sie auf einem entsprechenden Parkplatz stehen, Dauerparkkarten kaufen müssen, haben Sie auch die Möglichkeit, den Betrag zu bezahlen, wenn Sie das Fahrzeug mehrere Male in der Woche Nachts parkieren. Dies ist auch fair gegenüber allen Hausbesitzern, Wohnungsbesitzern und „Lädeler“, die sich einen Parkplatz organisieren oder erstellen mussten.

Gebühren am Sonntag: Auch hier geht es um die konsequente Entschädigung der Benützung des öffentlichen Grundes. Dazu gehört halt auch der Sonntag. Dies betrifft natürlich auch den Bereich Sportanlagen und Schwimmbad. Es soll aber auch motivieren, die Anlagen zu Fuss oder per Fahrrad aufzusuchen. Ich kann Ihnen garantieren, dass ich nicht derjenige bin, der gerne zu Fuss oder per Velo geht. Auch im Gemeinderat haben wir sehr häufige Autobenützer. Wir haben das Gefühl, dass jemand, der diese kurze Strecke mit dem Auto zurücklegt, auch den Parkplatz bezahlen soll.

Lehrpersonen: Muss die Lehrperson bezahlen? Grundsätzlich ja, da wir gesagt haben, wir führen die Gebührenpflicht flächendeckend ein. Die Lehrpersonen, die Schule geben, haben die Möglichkeit, Parkkarten zu einem reduzierten Tarif zu lösen. Die Lehrer-Parkkarte soll in allen Schulanlagen Gültigkeit haben. So können Sie uns keinen Vorwurf mehr machen, dass ein Lehrer, der an verschiedenen Schulen Unterricht gibt, mehrere Parkkarten lösen muss. Aber: es besteht kein Anspruch auf einen reservierten Parkplatz. Kommt ein Lehrer zu spät und/oder hat es keinen freien Parkplatz mehr, muss er das Parkieren auf einem anderen Parkplatz bezahlen.

Mitarbeiter der Gemeinde: Müssen die Mitarbeiter der Gemeinde auch bezahlen? Grundsätzlich ja. Auch hier, wie bei den Lehrern. Wir sind aber auch hier der Ansicht, dass der Gemeinderat in der Verordnung eine Dauerparkkarte zu einem reduzierten Tarif anbieten kann. Wichtig ist aber auch hier zu wissen, dass die Dauerparkkarte nur für die zugewiesene Parkierungsanlage gültig ist. Übrigens auch hier wurden Untersuchungen gemacht. Die Repol hat eine Umfrage durchgeführt. In den grösseren Städten bezahlt sogar die Repol für das Parkieren der Privatautos.

Vereinstätigkeit: Dieses Thema schürt grosse Emotionen. Die Absicht des Gemeinderates ist folgende: Aktivmitglieder von Wohler Vereinen können Dauerparkkarten zu einem reduzierten Tarif lösen. Die Vereine müssen eine Lösung finden, wie sie ihre Aktivmitglieder ausweisen können. Auf diese Lösung sind wir gekommen, weil wir der Meinung sind, dass es nicht sein kann, Personen zu bevorteilen, weil sie im Sportzentrum Niedermatten Tennis/Fussball spielen oder Leichtathletik treiben und andere Vereine in anderen Anlagen bezahlen müssen. Die Grössenordnung des reduzierten Tarifes ist die Hälfte der Parkkartenpreise. Sie müssen sich selber überlegen, ob sie im Monat die Fr. 25.00 bezahlen möchten oder ob es nicht billiger ist, normal zu bezahlen.

Diese Kalkulation überlassen wir den Vereinsmitgliedern. Einführen werden wir ebenfalls, dass Vereine, welche nachgewiesenermassen aktive Nachwuchsförderung betreiben, eine beschränkte Anzahl von Gratisparkkarten für Funktionäre beziehen können. Zu beachten gilt: es muss explizit Nachwuchsförderung sein. Weiter gilt auch hier: die Parkkarten gelten nur in den zugewiesenen Parkbereichen.

Wir sind überzeugt, dass wir hier komplett im Sinne der Motionäre gehandelt und das Reglement aufgegleist haben. Sie sehen, dass wir in der Verordnung die Möglichkeit und die Flexibilität haben, um die Einzelprobleme anschauen zu können.

Parkuhren für die Parkierungsanlage Junkholz: Der Gemeinderat hat ursprünglich darauf verzichtet, Parkuhren bei den Schulanlagen Junkholz aufzustellen. Dies wurde auch in der GPK diskutiert. Man hat sich nun entschieden, dass man auch im Junkholz eine ganz normale Parkierungsanlage realisieren möchte.

Tages- und Mehrtageskarten für Handwerker: Diese sind selbstverständlich möglich. Beispiel: Hat ein Handwerker im Zentrum einen Bau, wird die Repol eine bestimmte Anzahl Parkplätze für den Bau abschränken. Sie wird eine entsprechende Anzahl Tages- und Mehrtageskarten herausgeben, die genau für diese Parkplätze bestimmt sind. Es ist aber Sache des Handwerkers, bei der Repol vorzusprechen.

Einsatz öffentlicher Dienste: Dieser ist gebührenfrei. Für den Gemeinderat ist dies logisch.

Besucher auf Quartierstrassen: Dürfen diese noch parkieren oder müssen die sofort bezahlen? Selbstverständlich dürfen diese auf den Quartierstrassen als Besucher eines Ein- oder Mehrfamilienhauses ihr Auto parkieren. Es gilt hier das Strassenverkehrsgesetz. Stellen Sie das Fahrzeug jedoch mehrmals am gleichen Ort ab, ist es ein Dauerparkieren. Sie würden von der Repol aufgrund Ihrer Nummer angegangen und gebeten, eine Dauerparkierkarte zu lösen.

Der Gemeinderat bittet Sie, dem Bericht und Antrag zuzustimmen und die Bevölkerung von der Notwendigkeit dieser Massnahme zu überzeugen. Es ist ein sehr grosser Schritt. Es ist aber 6 Jahre lang nichts gegangen, deshalb glauben wir, einen etwas grösseren Schritt machen zu können.

Gfeller Konrad, Präsident: Ich danke Gemeinderat Matthias Jauslin für die sehr ausführlichen und professionellen Ausführungen. Vielleicht geht es das nächste Mal auch etwas kürzer. Ich habe einen Rückweisungsantrag der EVP/Freis Wohlen auf dem Tisch. Ich bitte Maja Meier diesen vorzutragen.

Meier Maja, Freis Wohlen: Fraktion EVP/Freis Wohle hat kein Verständnis für die radikale Parklinie des Gemeinderates und kann dem vorliegenden Bericht und Antrag grossmehrheitlich nicht zustimmen. Wir stellen einen Rückweisungsantrag. Wir sind der Meinung, dass die Vorlage weit über das Ziel hinaus schießt.

CVP hat mittels Vorstoss folgendes verlangt:

1. Einführung einer Gebühr für dauernd abgestellte Fahrzeuge
2. Überprüfung und allfällige Anpassung der bestehenden Parkuhrengebühren.

Es werden in der Begründung explizit die abgestellten Fahrzeuge in den Quartierstrassen erwähnt. In diesem Sinne haben sicher die meisten Einwohnerräte dem Vorstoss zugestimmt. In dieser Motion steht aber nichts von Erweiterung von Zonen und Parkgebühren vor der Badi, Kunsteisbahn, Minigolf oder Sportanlagen Hofmatten, Kanti, Bünz matt, Niedermatten.

Der Gemeinderat signalisiert jetzt plötzlich, dass er bereit ist, Verfeinerungen vorzunehmen, schwarz auf weiss haben wir nichts. Ist es dann noch so konsequent, wie zwingend von der GPK

gefordert? Wird es nicht kompliziert mit all diesen Ausnahmen, die Gemeinderat Matthias Jauslin ausgeführt hat? Jetzt signalisiert der Gemeinderat noch ein Steuerprozent-Trickli, obwohl man noch gar nicht weiss, welche Mehreinnahmen generiert werden.

Andere Gemeinden in der Grössenordnung von Wohlen kennen keine Parkgebühren nach Ladenschluss oder am Wochenende. Wenn, dann sind es die Grossen: Bern, Zürich, Luzern, Basel. Aber sicher nicht Wohlen! Dauerparkierer können auch bei uns erfasst werden.

Ich zitiere noch ein paar Vereinsverantwortliche, die sich bei mir gemeldet haben. Diese sind bei Weitem nicht nur aus Vereinen der Niedermatten, sondern auch Handballer, Minigolfer, Badigäste, Mitglieder aus dem Karate-Club, Musikverein, Turnverein und aus der ganzen Bevölkerung.

- In Wohlen wird es immer besser!!
- Vorgesehene Gebührenpflicht absolut daneben!
- Dass man das Finanzdebakel der letzten Jahre auf die Schultern der Vereinstreibenden legen will, ist der Hammer!!
- Wie heisst der Slogan unserer Behörden schon wieder: Wir wollen Wohlen attraktiver machen!! Nun sind wir auf dem besten Weg dazu!!!
- Hochgerechnet würden wir den für die Jugendförderung erhaltenen Gemeindebeitrag wieder der Gemeindegasse zufließen lassen!!
- Wir setzen Vertrauen in den Einwohnerrat, dass die Parkgebührenverordnung „Pro Wohler-Vereinsleben“ ausgelegt wird.

Auf die Verordnung haben wir aber leider keinen Einfluss. Diese legen wir in die Hände des Gemeinderates. Das Vertrauen aber in den Gemeinderat ist im Moment nicht sehr gross.

In diesem Sinne bitten wir Sie, dieser Rückweisung zuzustimmen und einem neuen Park-Konzept eine Chance zu geben, welches logisch, fair, sinnvoll und für alle tragbar ist.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Selbstverständlich lehnen wir den Rückweisungsantrag ab und bitten Sie, diesem nicht zuzustimmen. Denken Sie daran: unsere Gemeinde hat gewisse Zentrumslasten zu übernehmen. Da gehört es einfach dazu, dass ein Minigolf-Spieler nicht nur von Wohlen, sondern auch von auswärts kommt. Der Gemeinderat setzt das Reglement mittels Verordnung um. Dies ist vielleicht speziell. Sie legen das Reglement fest und die Umsetzung erfolgt mittels Verordnung. Es braucht bei über 900 Parkfeldern auf öffentlichem Grund doch eine gewisse Flexibilität. Wir haben die Absicht, Schwachstellen in der Praxis mit den Direktbetroffenen auch zu besprechen und entsprechend zu bereinigen. Dies natürlich immer mit Blick auf die Gesamtinteressen der Gemeinde. Wenn Sie alle diese Interessen zusammennehmen, sei es Niedermatten, Fussgänger, Autofahrer, Lehrer, Velofahrer, Verwaltungsmitarbeiter, Lieferanten, Badibesucher, Minigolfspieler, da werden Sie nie eine Einigkeit erzielen. Wir sind überzeugt, dass wir mit den Anpassungen in der Verordnung und den laufenden Anpassungen, welche der Gemeinderat vornehmen können muss, ein Parkierungsregime hinbringen, welches allen dient. Wir sind bereit, diese Vorlage heute zu behandeln. Wir haben uns vorbereitet und Ihnen die Unterlagen zugestellt. Es würde uns freuen, wenn auch Sie bereit sind das Geschäft mehrheitsfähig zu machen. Wir lehnen eine Rückweisung klar ab.

Steiner Landert Judith, SVP: Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon ist gegen die Rückweisung. Ich möchte es erklären. Zurückweisen heisst, dass die Vorlage überarbeitet werden soll, dass einzelne Artikel anders lauten sollen. Wir wollen diese Vorlage aber nicht. Wir wollen keine neuen Gebühren. Offensichtlich sind wir die einzige Partei, die so bürgerlich denkt und gewerbe- und bürgerfreundlich überlegt und handelt.

Bächer Andy, CVP: Unsere Fraktion lehnt die Rückweisung auch ab. Wir haben die Motion eingereicht vor 6 Jahren. Wir sind der Meinung, dass dies ein guter Weg ist. Ich möchte darüber sprechen, was der Gemeinderat vorhin ausgeführt hat. Ich habe das Vertrauen in den Gemeinderat.

Thiébaud Alain, FDP: Die FDP-Fraktion lehnt die Rückweisung ab. Wir sind der Meinung, dass man wenn schon denn schon grundsätzlich über dieses Geschäft diskutieren muss und nicht über einzelne Ausnahmen, welche letztendlich zu einer Gewichtung von Partikularinteressen führen. Dies ist gegenüber einem Normalbürger von Wohlen schlicht unfair.

Perroud Hedy, Eusi Lüt&Grüne: Unsere Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag auch ab. Wir sind der Meinung, es ist ein gutes Reglement. Wir möchten die Vorlage gerne diskutieren.

Abstimmung Rückweisungsantrag

Der Rückweisungsantrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Fricker Ronny, CVP: Die CVP-Fraktion hat diese Motion im Jahr 2002 vor ziemlich genau 6 Jahren übergeben. Die Umsetzung der Motion hat viel zu lange gedauert. Rein geldmässig sind uns in den letzten 6 Jahren über Fr. 1 Mio. „durch die Latten“. Der Gemeinderat hat die Motion erweitert. Auch heute noch steht die gesamte CVP-Fraktion einstimmig hinter dem erweiterten Bewirtschaftungskonzept. Die Parkiererei in Wohlen ist umfassend überprüft worden. Der gesamte ruhende Verkehr wurde miteinbezogen. Dies ist sehr sinnvoll. Jeder von uns hat eine persönliche Sicht auf dieses Konzept: die Tennisclub-Präsidentin, der Anwalt, der Unternehmer, der Gemeindeangestellte. Jeder möchte für seinen Bereich eine kostenlose, zumindest sehr günstige Lösung. Bei diesem Konzept ist es jedoch äusserst wichtig, nicht das Ganze aus den Augen zu verlieren. Kleinliche, persönliche oder spezielle Gruppenbedürfnisse können nicht berücksichtigt werden. Alle müssen grundsätzlich durch das gleiche Nadelöhr. Es besteht jedoch genügend Spielraum mittels flexibler Gebühr pro Zone und mittels Parkkarte, welche im Anhang 7 beschrieben sind. Die neuen Anpassungen des Gemeinderates mit Gratisparkkarte für Vereine mit Jugendförderung und die sehr günstigen Monatskarten für die Lehrerschaft und das Gemeindepersonal etc. ist in unserer Fraktion bestens angekommen. Die Situation heute an einer unserer besten Strassen, der Bahnhofstrasse: Seit Jahren eine veraltete Parkplatzbewirtschaftung. Nur Fr. 0.20-Parkührli an der Bahnhofstrasse seit Jahren. Wo gibt es dies noch in einer Stadt in der Schweiz mit vergleichbarer Einwohnerzahl? 9 Parkplätze an der Bahnhofstrasse sind sogenannte Güterumschlagplätze und werden seit Jahren überhaupt nicht bewirtschaftet. Ein Blick über die Gemeindegrenzen hinaus: Ein Dorf braucht keine Parkuhren, vielleicht bereits eine blaue Zone. Mehr aber nicht. Ein Städtchen, das ist Wohlen, braucht ein Parkplatzkonzept mit vernünftigen Tarifen. Die Vorlage erfüllt dies. Eine grosse Stadt kann sehr teure Parkplätze anbieten, zb. Zürich. Als weiteres Beispiel führe ich die Stadt Baden an: Die Stadt Baden mit einer guten Einnahmenseite und einem Steuerfuss von 100 % könnte auf eine straffe Bewirtschaftung verzichten. Baden macht dies jedoch anders. Die Stadt nimmt zur Zeit im Jahr Fr. 2.35 Mio. an Parkgebühren ein. Baden schaut vorwärts und verfügt sogar über ein kleines Parkleitsystem. Ich will mit dem Beispiel Baden erklären, dass auf der Einnahmenseite ein krasses Missverhältnis besteht: Baden mit Fr. 2.35 Mio und Wohlen mit Fr. 115'000. Das Dorf Berikon mit 4'400 Einwohnern, Steuerfuss mit 77 % Steuerfuss, hat bereits eine Laternenparkgebühr über Fr. 40.00 eingeführt. Berikon hat die Fr. 40.00/Fahrzeug sicher nicht nötig. Aber sie wollen Ordnung auf ihren Strassen. Das wollen wir doch auch. Der vorliegende Bericht und Antrag des Gemeinderates ist gut. Das neue Parkraumkonzept ist der Zeit angepasst und es wird höchste Zeit, dass wir auch in diesem Bereich alle miteinander vorwärts machen.

Duschén Andrea, FDP: Die FDP-Fraktion ist, wie die meisten anderen Parteien, der Meinung, dass Wohlen ein angepasstes Gebührenreglement braucht. Ein springender Punkt, dass die FDP die-

ser Gebührenverordnung mehrheitlich zustimmt, ist aber zwingend eine Steuersenkung im nächsten Budget. Der Gemeinderat hat dies versprochen und wir werden dies auch verfolgen. Nur mit diesem Versprechen werden wir dem Antrag zustimmen. Trotzdem können wir nur halbherzig zustimmen, weil die Gebührenverordnung aus unserer Sicht teilweise über das Ziel hinaus schießt. Braucht es wirklich in der Nacht Parkgebühren an der leeren Zentralstrasse? Müssen die Vereine am Abend bezahlen, wenn sie ihre Anlässe haben? Wäre es nicht einfacher, ab 19.00 Uhr gebührenfrei zu machen? Für mich ist auch die Vorstellung der Parkkarten sehr unübersichtlich. Im Moment weiss ich nicht, ob es mehr Möglichkeiten bei den Parkkarten oder bei den Jasskarten gibt. Die FDP hat grossmehrheitlich beschlossen, dem Bericht und Antrag zuzustimmen.

Perroud Hedy, Eusi Lüt & Grüne: Die Fraktion SP/Eusi Lüt & Grüne findet den Antrag des Gemeinderates gut und dankt ihm für die vorzügliche Arbeit. Auch wir sind der Meinung, dass, wer Platz von der Öffentlichkeit beansprucht, dafür bezahlen soll. Das Reglement sieht eine gerechte und konsequente Bewirtschaftung vor, keiner wird so bevorteilt. Die Gebühren sind keineswegs zu hoch, kostet doch vergleichsweise eine Fahrt mit dem Ortsbus Fr. 2. 50 und ist für 2 Stunden gültig. Wir sind der Meinung, dass ein Gemeindeangestellter, welcher das Auto zur Arbeit wirklich braucht, einen Gratisparkplatz bekommen soll, sowie auch jene, welche nicht die Möglichkeit haben, mit dem öffentlichen Verkehr zur Arbeit zu kommen. Aktive Sportler sollten aber eigentlich auch ab und zu zu Fuss oder mit dem Velo ins Training gehen. Dies wäre ein gutes Einlaufen. Wir empfehlen dem Gemeinderat dringend, für die Angestellten ein Mobilitätsmanagement zu machen und auch einen entsprechenden Link auf die Internetseite zu stellen. Gerne werde ich in den nächsten Tagen die entsprechende Adresse zustellen. Unsere Fraktion wird beiden Anträgen zustimmen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Unsere Fraktion lehnt die Vorlage einstimmig ab. Die SVP wehrt sich konsequent gegen alle neuen, unnötigen und überflüssigen Gebühren und Abgaben. Schweizweit, kantonsweit, aber auch in der Gemeinde. Diese Vorlage ist eine Schikane und reine Geldmacherei.

Der Gemeinderat setzt seinen laufenden Gebührenhorror fort: Wir erinnern an

- die Erhöhung der Baubewilligungsgebühren um ca. 30 %
- die Erhöhung der Badi-Eintrittsgebühren
- die unanständige Erhöhung der Friedhofgebühren - sogar von den Toten nehmen sie es!
- die Erhöhung der Abwassergebühren – wie wir angelogen werden, sehen Sie alle am hervorragenden Abschluss der Abwasserrechnung 2007 mit den tiefen Gebühren!

Es fehlt noch die berühmte WC-Gebühr oder Urinsäure-Gebühr, bekannt aus den Zeiten des Kaisers Vespasian.

Mit der Grüngutgebühr wird der Gemeinderat sogar noch ein drittes Mal kommen. Der Vizeamman hat beim Isler-Areal gesagt, dass es bereits im Jahr 1987 eine Abstimmung über die Gestaltungsplanpflicht gegeben hat. Auch bei der Grüngutgebühr hat es dies schon gegeben. Meines Wissens mindestens schon 2 Mal.

Vor den Gemeinderats-Wahlen 2005 hat weder eine Partei noch ein Gemeinderatskandidat gesagt, er wolle flächendeckend alle Gebühren erhöhen. Niemand hat dies gesagt. Es grenzt an politisches Lügen, wenn man heute an jeder zweiten Einwohnerratssitzung Gebühren beurteilen soll, die neu eingeführt oder erhöht werden.

Es ist eine reine Finanzvorlage. Deshalb vertritt Finanzminister Jauslin das Geschäft. Es ist keine Vorlage, in der es um Verkehrsplanung geht. Sonst müsste sie ja der Verkehrsminister vertreten (Gemeindeammann Dubler). Es ist auch keine Vorlage, in der es um irgendwelche polizeilichen Interessen geht, sonst müsste sie der Polizeiminister (Gemeinderat Schürmann) vertreten. Es ist

ehrlich, dass der Gemeinderat den Finanzminister schickt. Es ist aber erschreckend, mit welcher Freude er dies als Freisinniger präsentiert.

Zur Motion der CVP-Fraktion aus dem Jahr 2002: Wir sehen nun, was das Wort „Anpassung“ bedeutet. Im Zusammenhang mit Gebühren und Steuern bedeutet es „Erhöhung“ oder gar „rücksichtslose Erhöhung“. Der Gemeinderat hat keine Sekunde daran gedacht, die Gebühren zu senken. Für ihn ist es der Auftrag, sie massiv zu erhöhen.

Zum Argument der Verhinderung der Laternenparkierer: Dies wollen wir auch. Aber es gibt auch andere Mittel, dies zu verhindern. Siehe z.B. Bollmoosstrasse, mit gelben Markierungen. Es geht nicht nur mit Gebühren, es geht auch mit Anordnungen, die der Gemeinderat treffen darf. Am Rande: Die Vorlage ist sauber ausgearbeitet. Hier kritisieren wir nichts. Sie ist umfassend und der Rat weiss genau, worum es geht. Man weiss alle Details und der Gemeinderat sagt sogar, dass er nachher die Gebühr im Rahmen, welchen wir vorgeben, festlegen kann. Nur: damit haben wir schlechte Erfahrungen gemacht. Ich darf Sie erinnern an die Strompreise! Jeder hier, auch das Gewerbe, bezahlt 20 bis 30 % mehr als die umliegenden Gemeinden, als im ganzen Kanton. Hier hat auch der Gemeinderat die Kompetenz, in einem bestimmten Rahmen die Gebühren festzulegen. Wollen Sie dies auf der Strasse auch noch? Das Verhältnis zwischen dem Betrag, welcher dem Bürger aus dem Sack gezogen wird und wieviel Gewinn erzielt wird, ist etwa 50 zu 50. Dies ist ein ganz schlechtes Aufwand-Ertrags-Verhältnis! Da würden Sie besser ein Steuerprozent einnehmen. Sie würden dem Bürger nämlich nur Fr. 250'000 bis Fr. 270'000 aus dem Sack nehmen, um diesen Gewinn zu erzielen. Aber vom Bürger das Doppelte zu verlangen, um den gleichen Ertrag zu erzielen, ist wahrscheinlich der falsche Weg. Wir fordern die anderen Fraktionen auf, dies nochmals zu überdenken. Helfen Sie uns, dem Gewerbe, den „Lädeler“, aber auch den Leistungsträgern, den Privatpersonen! Vor allem aber auch ein Appell an die Freisinnigen (früher waren diese noch bürgerlich): Helfen Sie uns, den Gebührenwahnsinn zu stoppen. Denken Sie auch an die Autofahrer und nicht nur an die Grünen. Dies sind nicht die Leistungsträger in unserem Dorf. Jetzt und nicht erst kurz vor den Wahlen! Geben Sie dem Volk die Gelegenheit, über diese Vorlage abzustimmen und dieser Hochgebührenpolitik den Riegel zu schieben. Wenn jeweils gelacht wird, denke ich, dass ich den einen oder anderen wunden Punkt im Namen der Fraktion getroffen habe; dies freut mich. Wir lehnen die Vorlage ab!

Thiébaud Alain, FDP: Wir haben uns lange um diese Frage gestritten. Bei uns gab es beide Positionen. Einerseits diejenigen, die eine solche Gebühr nicht wollten, da man eine Gebühr nicht mehr weg bringt. Andererseits gab es aber auch diejenigen, die fanden, es wäre, v.a. im Dorfzentrum, sinnvoll. Nicht deswegen, weil man eine Gebühr einnimmt oder man für die Gemeinde Mehreinnahmen generieren möchte, sondern deswegen, weil wir glauben, dass eine solche Gebühr den Umsatz bei den Parkplätzen erhöht. Sprich, dass die Leute schneller weggehen, mehr Leute schneller einen Parkplatz finden und folglich auch in den Geschäften einkaufen. Wenn es um die Sportanlagen geht, haben wir gefunden, dass man für die extra erstellten Parkplätze auch bezahlen soll. Die Anlage wurde ja bereits sehr grosszügig subventioniert. Letztendlich ist meine Haltung diejenige, dass man Ja dazu sagen kann, unter der Bedingung, dass es dafür ein Steuerprozent gibt und die Gemeinde nicht einfach Mehreinnahmen generiert. Zwar nicht ganz konsequent. Es gibt auch einen leichten Anstieg der Staatsquote. Letztendlich bleibt es absolut im vertretbaren Rahmen, auch gegenüber dem Bürger.

Meier Maja, Freis Wohle: Wir haben auch Verständnis für ein Reglement. Deshalb haben wir Hand geboten zu einem neuen Konzept mit einem Rückweisungsantrag. Die Gebühren sind einfach zu hoch. Wie es Andrea Duschén vorhin gesagt hat, verliert man den Überblick in Sachen Parkkarten. Ronny Fricker hat andere Gemeinden erwähnt, wie Berikon. Gegen die Massnahmen gegen Laternenparkierer haben wir auch nichts. Dies ist sinnvoll und war auch das Ziel der eingereichten Motion. In Bremgarten kostet eine Stunde Parkieren im Isenlauf Fr. 0.25. Am Abend und am Wochenende ist es gratis. Bei uns kostet es in den Niedermatten und praktisch an allen Orten Fr. 1.00. Selbst in Aarau sind beispielsweise die ersten beiden Stunden bei der Sporthalle

gratis. Wettingen hat im Tägerhard 300 Gratisparkplätze. Wir meinen, mindestens in der Nacht und am Wochenende müssen diese Gebühren wegfallen. Ich kann nicht verstehen, dass die FDP dies auch so sieht und trotzdem dem Antrag zustimmt. Ich nehme das Votum von Jean-Pierre Gallati auf. Er sagte, man soll dies dem Volk unterbreiten. Ich stelle den Antrag, dass man das Parkgebührenkonzept dem Volk unterbreitet, sofern diese Vorlage durch den Einwohnerrat angenommen ist. Dieser Entscheid ist dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Ich erachte es als fairer, den Bericht und Antrag von vorne herein dem Volk zu unterbreiten, da die Bevölkerung sehr stark betroffen ist.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Ich knüpfe am letzten Antrag an: die Mitglieder des Einwohnerrates sind vom Volk gewählt und vertreten das Volk. Ich finde es gut, wenn Sie darüber abstimmen und somit über die Einführung bestimmen. Übrigens wird es nicht dem fakultativen, sondern dem obligatorischen Referendum unterstellt, wenn das Volk darüber abstimmen soll. Ob Sie diese Kompetenz abgeben sollen oder ob Sie bereit sind, für Ihren Entscheid gerade zu stehen, liegt bei Ihnen. Wir empfehlen Ihnen, es nicht dem obligatorischen Referendum zu unterstellen, sondern einen Entscheid dafür oder dagegen zu treffen. Andernfalls müssten wir uns auch fragen, wo wir beginnen die Grenze zu ziehen. Sind Sie denn nicht so kompetent und fair zu sagen, ob das Geschäft durchkommen soll oder nicht? Ich empfehle Ihnen, dies abzulehnen.

Zu Jean-Pierre Gallati: Ich vertrete mit der gleichen Freude das Parkierungskonzept wie die Beleuchtung in der Niedermatten für den FC Wohlen einmal. Sie müssen sehen, dass die Gebührenerhöhung bereits im Finanzplan 2006 ein Thema war. Es kommt nicht aus heiterem Himmel oder unter einem Wahlversprechen hervor. Es wurde offen kommuniziert. Das ist eine Motion, die wir umgesetzt haben. Der Einwohnerrat hat diese überwiesen. Der Gemeinderat hat sie angenommen und umgesetzt. Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass wir eine gute Lösung präsentieren.

Benz Guido, CVP: Wir haben das Stichwort Höchstgebührenpolitik gehört. Wenn man genau hinschaut, haben wir eine Tiefstgebührenpolitik gehabt in den letzten 10 bis 20 Jahren. Nach meiner Meinung subventionieren wir Gebühren durch einen zu hohen Steuerfuss. Von daher müssen wir realistisch und dankbar sein, dass jetzt, nachdem sehr lange nichts ging, eine gewisse Sequenz hier ist. Es ist halt so, dass eines nach dem anderen kommt. Ich hätte es auch gerne anders. Wenn im Lauf des nächsten Jahrzehnts ein normaler Rhythmus einkehrt, passiert dies auch nicht mehr. Aber die Aufholjagd müssen wir nun einfach machen. Ich empfehle die Annahme des Bericht und Antrages.

Bertschi Bruno, SVP: Unsere Fraktion wird den Antrag von Maja Meier ganz sicher unterstützen. Und zwar weil wir grundsätzlich etwas faul sind und nicht gerne Unterschriften sammeln. Sollte dies nicht durchkommen, wird die SVP bei Annahme des Geschäftes das Referendum ergreifen. Als ich die verschiedenen Varianten von Matthias Jauslin hörte, wurde mir beinahe schlecht.

Thiébaud Alain, FDP: Die Fraktion FDP unterstützt den Antrag ebenfalls. Wir sind der Meinung, dass man die Diskussion mit dem Volk nicht scheuen soll. Man soll oder kann unsere Position erklären. Dieser Diskussion muss man sich stellen.

Meier Maja, Freis Wohlen: Zu Matthias Jauslin: Er sagte, der Einwohnerrat sei kompetent genug, um darüber zu entscheiden. Da frage ich mich, weshalb wir beim Isler-Areal nicht kompetent genug sind, um über den Vertrag Feldmann zu entscheiden? Dieses Geschäft hat der Gemeinderat zurückgezogen. Offenbar sind wir doch nicht kompetent.

Bächer Andy, CVP: Einmal mehr mischen wir verschiedene Geschäfte miteinander. Wir zahlen es einander auch noch etwas heim. Das gehört sich nicht. Das Geschäft ist sehr gut. Das obligatorische Referendum brauchen wir nicht. Wir sind Volksvertreter, gewählt von der Wohler Bevölkerung. Nun müssen wir hinstehen. Hinstehen heisst in diesem Fall, einen unpopulären Entscheid

zu treffen, leider. Ich bin am Anfang auch erschrocken. Es dünkte mich auch ein sehr hoher Betrag. Unterdessen gehe ich regelmässig nach Brugg. Ich füttere die Parkuhr wöchentlich mit Fr. 5.00 für 3 Stunden, ohne Diskussion. Man macht dies. Es gibt ganz klar Opposition bei Einführung dieses Reglementes. Wenn wir aber nicht ja sagen wollen zu neuen Gebühren, wozu wollen wir dann noch ja sagen? Mich dünkt es, wir haben keinen Mut etwas in die Hand zu nehmen und zu machen. Es geht einmal mehr um die Sportanlagen Niedermatten. Ich bin nicht bereit, dem Zuschauer aus Délémont, der mit dem Auto kommt, kein Geld zu verlagen. Denn ich bezahle in Délémont Fr. 5.00 für den Parkplatz. Ich bezahle dies überall. Weshalb soll die Gemeinde Wohlen kein Geld einnehmen für solche Anlässe?

Abstimmung Antrag Maja Meier

Der Antrag

Das PP-Gebührenkonzept sei dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten, sofern die Vorlage vom Einwohnerrat angenommen wird.

wird mit 14 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen abgelehnt.

Keller Anna, Eusi Lüt&Grüne: Zu Jean-Pierre Gallati: ihm muss ich entgegnen, auch Grüne kaufen in Wohlen ein, arbeiten in Wohlen, bezahlen Steuern in Wohlen – aber wir können auch Velo fahren oder zu Fuss gehen. Vielleicht könnten Sie dies auch lernen? Ich sehe nicht ein, weshalb Leute aus der Umgebung, welche unsere Infrastruktur benützen, die in weiten Teilen besser ist als in den kleinen Dörfern rundum, zu unseren Finanzen nicht auch etwas beitragen sollen. Wenn wir immer nur jammern, kommen wir überhaupt nie zu einem Batzen. Ich finde es absolut richtig, dass alle, die den Luxus Auto nützen oder unsere Infrastruktur benützen, auch etwas daran zahlen.

Zu Maja Meier: Die Kosten in Bremgarten sind niedriger, das stimmt. Nur, diese Gebühren wurden schon viel länger eingeführt und damals zu einem niedrigeren Tarif. Ich denke, auch dort kommt irgendwann eine Erhöhung.

Bertschi Bruno, SVP: Da es in Wohlen nicht nur Grüne gibt, sondern auch solche, welche 2 Autos haben, würde es mich interessieren, ob dieser 2 Dauerkarten lösen muss, da er ja nur mit einem Auto auf einmal unterwegs sein kann? Oder muss er 2 Karten lösen?

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Das kann man klar beantworten: die Parkkarte gilt auf das Fahrzeug. D.h., man muss für 2 Fahrzeuge 2 Parkkarten kaufen.

Lehmann Sandra, Freis Wohlen: Wer mit dem Auto in öffentlichem Raum fährt und auf öffentlichem Raum parkiert, soll dafür auch bezahlen. Bei der Parkplatzbewirtschaftung geht es nicht nur ums Geld – und da gebe ich Jean-Pierre Gallati recht: dass der Finanzminister die Vorlage vertritt, erweckt den Eindruck, dass es nur ums Geld geht. Ich möchte aber den Gemeinderat dazu ermuntern, den Gedanken der Parkplatzbewirtschaftung weiterzuspinnen, ein Mobilitätskonzept zu überlegen mit einem Parkleitsystem, wie dies auch die Stadt Baden kennt. Dies würde zur Verflüssigung des Verkehrs und bezüglich Bewirtschaftung der Parkplätze auch noch mehr bringen.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Ich kenne nur immatrikulierte Fahrzeuge, also jene, die eine gültige Nummer dranhaben. Wenn Bruno Bertschi 2 Autos mit Wechselnummer hat, darf er das Auto ohne Nummer nicht auf öffentlichem Grund abstellen. Er kommt nicht darum herum, einen Parkplatz für dieses Auto zu bauen.

Stäger Urs, SVP: Ronny Fricker, Wohlen ist ein Dorf, keine Stadt. Bei den Einnahmen der Stadt Baden über Fr. 2.35 Mio. sind die Einnahmen von den eigenen Parkhäusern inbegriffen. Dies ist eine Verfälschung, wenn man die Zahl so sagt. Auch die Stadt Baden kennt blaue Zonen, auch Wettingen kennt blaue Zonen. Wettingen kennt weisse Parkfelder ohne Parkuhren. Zürich hat, wenn nicht gerade in der City, ab 19.00 Uhr Gratisparking. Beispiel: Nehmen wir an, ein Einwohner von Wohlen geht mit dem Zug arbeiten. Er parkiert bei der Unteren Farnbühlstrasse beim Bahnhof und bezahlt jetzt im Monat Fr. 60.00. Kommt das Reglement durch, bezahlt er Fr. 240.00/Monat. Absolut überrissen, dafür, dass er noch den öffentlichen Verkehr benutzt.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Herr Gallati hat fälschlicherweise behauptet, es laufe nichts in Sachen Verkehrsplanung. Dies ist falsch. Frau Lehmann hat ein Parkleitsystem-Vergleich mit Baden gemacht. Es gibt Sachen, die Baden sicher besser macht als Wohlen. Aber in Sachen Verkehr sind wir glücklicherweise immer noch besser dran als Baden. Versuchen Sie durch Baden hindurch zu fahren – dies sind ganz andere Verhältnisse! Deshalb machen wir selbstverständlich nur das, was nötig ist und erheben die notwendigen Daten und ziehen Rückschlüsse. Ein Punkt, welcher sich die SVP überlegen muss, bevor sie Unterschriften sammelt: Schauen Sie, wie viele Fahrzeuge auf der Strasse parkieren mit deutschen Nummernschildern. Es sind viele. Diese bezahlen nichts. Überlegen Sie sich, wie viele Leute aus einem anderen Land ihre Fahrzeuge nächteweise auf den Strassen parkieren – währenddem Einfamilienhausbesitzer ihre Parkplätze auf ihren eigenen Parzellen haben. Ronny Fricker hat dies hervorragend aufgezeigt. Guido Benz hat es richtig ergänzt. Wir sind in gewissen Dingen im Rückstand. Ich gebe zu, rückblickend angeschaut war der Gemeinderat zu lieb. Wir haben im Jahr 2002 den Auftrag an die Polizei und Bauverwaltung gegeben, dies anzugehen. Es ist lange nichts geschehen. Parkplatzbewirtschaftung und Grüngut führt zu einer Senkung des Steuerfusses. Dies schafft einigermaßen vergleichbare Verhältnisse. Was die Parkierung anbelangt, spielen wir immer noch in einer bescheidenen Liga. In diesem Sinne möchte ich dieses Argument deponiert haben. Es hat viele ausländische Staatsangehörige, die unterdurchschnittlich Steuern bezahlen. Wir sind bemüht, Verbesserungen zu schaffen, mehr das Verursacherprinzip anzuwenden, attraktiver zu werden für überdurchschnittlich Steuerzahlende.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wegen deutschen PWs und deutschen Autofahrern will die SVP Wohlen nicht die Wohler Bevölkerung bestrafen. Wir sind auch keine Rassisten in der SVP. Wir haben nichts gegen Deutsche, die hier arbeiten. Es gibt andere Möglichkeiten, die Laternenparkiererei in den Griff zu bekommen. Der Gemeinderat verdrängt diese Möglichkeiten offenbar. Ich möchte vom Gemeindeammann wissen, was denn in der Verkehrsplanung läuft? Das einzige, was wir sehen, ist, dass alle 6 Monate ein neuer Kreisel kommt für Fr. 1.5 Mio. bis Fr. 2.0 Mio. Aber eine echte Verkehrsplanung, wie sie Sandra Lehmann beispielsweise von Baden erwähnte, findet zumindest nach unserer Wahrnehmung nicht statt. Wir wären aber froh, Herr Gemeindeammann, Sie könnten dies präsentieren.

Dubler, Walter, Gemeindeammann: Ich bitte Sie, den Verkehrsrichtplan zu lesen. Wir haben ein Konzept, wie Daten erhoben werden. Im Zusammenhang mit der Revision des Zonenplanes werden verschiedene Untersuchungen gemacht.

Beratung Reglement

Keine Wortmeldungen

Beratung Anhang 7 zum Gebührenreglement

Suter Stefan, SP: Die Fraktion SP und Eusi Lüt&Grüne stellt Ihnen den folgenden Antrag auf Pauschal-Parktickets bei Grossanlässen: Um eine gerechte Bewirtschaftung bei Anlässen garantieren zu können, sollte ein Parkticket pauschal verkauft werden. Dieses wird auch am Anlasstag

den anderen Parktickets übergeordnet. Das erwirtschaftete Geld ist dementsprechend der Gemeinde oder Privaten zuzustellen. Ein kleines Beispiel: Wir haben beim Fisher-Areal einerseits die Feuerwehr mit ihren Parkplätzen und andererseits die Fisher Scientific. Wie wollen wir dies in Zukunft handhaben? Darf bei den ca. 30 bis 40 Fisher-Parkplätzen niemand mehr oder gratis parkieren? Und alle, die bei der Feuerwehr parkieren müssen, bezahlen? Aus diesem Grund möchten wir gerne ein Pauschalticket bei Grossanlässen einführen. Den Betrag lassen wir dem Gemeinderat frei.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Es ist so: wir haben ein Reglement und eine Verordnung. Wir werden selbstverständlich Ideen, die auftauchen, auch aufnehmen. Wie diese verarbeitet werden, können wir zur Zeit nicht sagen. Im jetzigen Parkgebührenreglement haben wir Zone 1 bis 3. Wir haben pro Monat eine Dauerparkierkarte. Wenn ich dies richtig verstanden haben, möchte man nach der Tageskarte ein Grossanlassticket einführen. Grundsätzlich hat der Gemeinderat nichts dagegen. Wir haben das selbe Problem bei Fussballmatches erkannt. Was macht man, wenn bei einem Match sehr viel Zuschauer kommen? Oder was macht man bei der HAGEWO? Wir sind uns über den idealsten Weg noch nicht ganz schlüssig. Wir sind aber bereit, einen entsprechenden Antrag entgegenzunehmen und im Parkgebührenreglement mit entsprechendem Wortlaut zu ergänzen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich habe es nicht verstanden, Stefan Suter. Muss man dann mehr oder weniger Gebühren bezahlen?

Suter Stefan, SP: Bei einem Anlass kann man nicht sagen, wie lange der Besucher oder Zuschauer bleibt. Auch nicht bei einem Sportler. Soll er alle 2 Stunden zur Parkuhr laufen? Nehmen wir das Beispiel vom Weihnachtsmarkt Bremgarten: Man bezahlt am Eingang eine Parkgebühr, die für die ganze Aufenthaltsdauer gilt, egal wie lange und auf welchem Parkplatz man ist. Es soll vor allem um diejenigen Personen gehen, die zu uns kommen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich verstehe es nicht, hake aber nicht nach.

Gfeller Konrad, FDP: Ich habe es folgendermassen verstanden: Wenn ein Grossanlass stattfinden, z.B. ein Fussballmatch, dass die Feuerwehr jedem z.B. Fr. 5.00 verlangt, ein Ticket aushändigt, das hinter die Windschutzscheibe platziert wird.

Abstimmung Antrag SP/Eusi Lüt&Grüne:

Der Antrag

Um eine gerechte Bewirtschaftung bei Anlässen garantieren zu können, sollte ein Parkticket pauschal verkauft werden. Dieses wird auch am Anlasstag den anderen Parktickets übergeordnet. Das erwirtschaftete Geld ist dementsprechend der Gemeinde oder Privaten zuzustellen.

wird mit 25 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Abstimmung über die gemeinderätlichen Anträge:

Der Antrag

1. Genehmigung des Parkplatzbewirtschaftungsreglements inkl. Änderung von Anhang 7 des Gebührenreglements vom 28. August 1995

wird mit 24 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Der Antrag

2. *Bewilligung eines Verpflichtungskredits von Fr. 390'000.00 für die Umsetzung des Reglements.*

wird mit 24 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Der Antrag

3. *Die Motion 10015 betreffend Dauerparkiergebühr sowie Überprüfung und allfällige Anpassung der Parkuhrengelungen sei als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben.*

wird mit 36 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Bertschi Bruno, SVP: Ich möchte Gemeindeschreiber Peter Hartmann bitten, das Formular für die Unterschriftensammlung vorzubereiten, damit wir morgen damit beginnen können.

139 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen
Motion 11076 betr. Analyse von Verwaltungsabläufen inkl. Führungsebene

Geissmann Armin, FDP: Wir müssen diese Motion laut Aussagen des Gemeinderates aus rechtlichen Gründen in ein Postulat umwandeln. Dies bedeutet aber für uns natürlich nicht, dass erst in x Jahren etwas „hervorschubladiert“ wird. Es ist so, dass es akut ist. Dies weiss jeder von uns. Wir hoffen, dass auch der Gemeinderat eine gute Analyse vornehmen wird.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat nimmt wie folgt Stellung:

Materielles

Handlungsbedarf

Analysen von Betriebsorganisationen und Abläufen werden durchgeführt, wenn sich Handlungsbedarf zeigt. Handlungsbedarf besteht beispielsweise bei Arbeitsüberlastung, Personalunzufriedenheit, Kundenunzufriedenheit, Terminproblemen, Häufung von Pannen.

Vor Kurzem hat der Gemeinderat eine Analyse der Bauverwaltung erstellen lassen, um deren Organisationsstruktur, Abläufe und Personaldotation zu überprüfen. Dies, nachdem jahrelang über Arbeitsüberlastung geklagt wurde und der neu gewählte Bauverwalter seine Stelle schon nach wenigen Monaten wieder verliess. – Die Analyse hat gezeigt, dass gewisse organisatorische Massnahmen, wie Kompetenzregelungen, Stellenbeschreibungen, Stellvertretungen, Zuständigkeiten à-jour gebracht werden müssen. Wir sind daran, diese Erkenntnisse umzusetzen.

Bei den andern Abteilungen erkennt der Gemeinderat keinen Handlungsbedarf. Er konnte sich davon überzeugen, dass diese Abteilungen – welche die meisten organisatorisch weniger komplex sind als die Bauverwaltung – ihre Strukturen und Abläufe den Entwicklungen anpassen.

Ein Vergleich der Stellenpläne von 1978 und 2008 zeigt auch, dass beispielsweise bei der Gemeindekanzlei und Finanzverwaltung Stellenreduktionen stattgefunden haben; das Stellenpensum der Einwohnerkontrolle ist gleich geblieben. Die Erweiterungen bei andern Abteilungen sind zum Teil auf Regionalisierungen (Zivilstandsamt, Repol, Zivilschutz), zum Teil auf gesetzliche Änderungen (einjährige Steuerveranlagung) und zum Teil auf massive Fallzunahmen (Sozia-

le Dienste und Betriebsamt) zurückzuführen und begründet. Dabei sind bei den Sozialen Diensten die bewilligten Stellen nicht voll besetzt. Das beweist, dass man nicht einfach den gewohnten „Tramp“ beibehalten, sondern laufend Organisation und Abläufe angepasst hat, um die zunehmende Arbeitslast aufzufangen.

Unsere Gemeinde hat im Vergleich mit andern grösseren Gemeinden tiefe Verwaltungskosten. Das geht aus einschlägigen Publikationen statistischer Natur hervor, wurde in der Presse schon dargelegt und wird auch von unserer Finanzkommission anerkannt.

Eine Verwaltungsanalyse würde etwa Fr. 30'000 kosten, evtl. auch mehr. Es liegt erst eine Richtofferte vor. Wir würden gerne noch mehr einholen.

Die Frage stellt sich heute:

- Sollen wir trotz allen diesen positiven Erkenntnissen eine flächendeckende Verwaltungsanalyse machen?
- Was erwarten wir davon? Etwa den Beweis, dass die Verwaltung gut und effizient funktioniert?
- Sind wir auch bereit, die Erkenntnisse einer solchen Analyse umzusetzen, selbst wenn vorgeschlagene Massnahmen etwas kosten?

Das heisst nun nicht, dass sich der Gemeinderat konsequent gegen eine Analyse wehrt. Sie wissen, dass in unserem Gemeindehaus Platznot herrscht, dass bereits einzelne Bereiche ausquartiert werden mussten. Es wird notwendig, das Gemeindehaus nicht nur zu sanieren, sondern auch Raumbeschaffungen zu studieren. In dieser Hinsicht werden gewisse Abklärungen über die künftigen Strukturen und Bedürfnisse der Verwaltung nötig sein.

Der Gemeinderat möchte deshalb die Freiheit haben, sich vorerst detaillierter darüber Gedanken zu machen, welche Ziele eine Analyse der Verwaltung verfolgen soll und welche Teile der Analyse verwaltungsintern erledigt und welche davon aussenstehende Fachleute erledigen sollen.

Formelles

Gemäss § 21 der Gemeindeordnung muss eine Motion einen Gegenstand zum Inhalt haben, welcher in die Zuständigkeit des Einwohnerrats oder der Stimmberechtigten fällt. Die Organisation der Verwaltung fällt in die Zuständigkeit des Gemeinderats. § 36 des Gemeindegesetzes sagt es deutlich: „Der Gemeinderat ist Führungs- und Vollzugsorgan der Gemeinde. Er hat die Verwaltung zweckmässig und fortschrittlich zu organisieren.“

Zusammengefasst

Der Gemeinderat ist bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Das gibt ihm die Möglichkeit, die Abklärungen mit den ihm geeignet erscheinenden Zielsetzungen, Umfang und Form vorzunehmen und dem Einwohnerrat darüber im gegebenen Moment Bericht zu erstatten.

Gfeller Konrad, Präsident: Es ist korrekt, dass dieser Vorstoss nicht als Motion überwiesen werden kann. Deshalb hat sich auch die FDP dazu entschlossen, diesen Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Im Namen der SVP-Fraktion kurz drei Sachen: 1. Wir hätten diesen Vorstoss unterstützt. 2. Die Motion zielt auch ab auf die oberste Führung. Es heisst ja „inkl. Führungsebene“. Es ist überhaupt nicht so, dass die Motionäre, obschon ich nicht in der FDP bin, nur die Verwaltung meinen. 3. und hier haben wir Bedenken: Solche Übungen führen in der Regel zu einer Rechtfertigung des bisherigen Zustandes und haben zum Resultat „Wir brauchen mehr

Beamte“. Man will die Verwaltung aufblähen. Dies haben wir aus dem Votum des Gemeindeammannes herausgespürt. Es geht ja jetzt vor allem darum zu begründen, weshalb man ein grösseres und neues Gemeindehaus braucht oder das bestehende ausbauen soll. Wir möchten dem Gemeinderat deshalb ans Herz legen, wenigstens die Instruktion des Organisationsberaters an 2 nebenamtliche Gemeinderäte zu delegieren. Nicht, dass eine Verbrüderung stattfindet.

Benz Guido, CVP: Ich möchte den Gemeinderat bitten, dies sehr seriös an die Hand zu nehmen. Nicht, dass ich erwarte, dass man hier grosse Sparübungen macht. Aber wir haben in der Finanzkommission an Einzelfällen festgestellt, dass hier ganz sicher Verbesserungspotential vorhanden ist in verschiedenen Unterlagen. Jobdescription wurde erwähnt, Prozessabläufe. Hier sind wir der Meinung, dass dies nicht ideal ist. Im ganzen Gemeindehaus passiert dies meines Wissens unterschiedlich. Der eine macht es, der andere nicht. Dies sind Hilfsmittel, die helfen, die Effizienz innerhalb der Verwaltung, gegenüber den Chefs, gegenüber neuen Leuten, gegenüber der Finanzkommission etc. zu verbessern. Wir haben dieses Thema für die Revision angesprochen, wissen aber noch nicht genau, was wir machen. Wir haben uns auch mit der Revisionsgesellschaft kurzgeschlossen und nachgefragt, ob sie auch das Gefühl haben, dass das eine oder andere verbessert werden könnte. Wir haben eine bestätigende Antwort erhalten. Ich möchte dies noch verstärken, dass man sich gut überlegt, was machbar ist. Ich weiss nicht, ob es eine Fr. 50'000-Studie benötigt, vielleicht kann man dies auch intern machen. Nur glaube ich, dass es diesen und jenen Handlungsbedarf hat.

Gemäss § 38 des Geschäftsreglementes gilt das Postulat 11076 als überwiesen.

140 0.011.1 Einwohnerrat; Berichte und Anträge
Bericht und Antrag 11082 betr. Bewilligung eines Bruttokredites von Fr. 452'238.00 für die Anschaffung eines Pikettfahrzeuges (PIF) für die Stützpunktfeuerwehr Wohlen

Bächer Andy, GPK-Sprecher: An der 16. GPK-Sitzung vom 28.02.2008 hat unsere Kommission im Beisein des Gemeinderates Toni Schürmann, des Feuerwehrkommandanten Marcel Christen und des Materialverwalters René Williner diesen Bericht und Antrag 11082 behandelt. Die Aktenaufgabe war dürftig. Die nachgelieferten Unterlagen, welche wir an der Sitzung erhalten haben, haben für mehr Transparenz gesorgt und hätten bereits in der Aktenaufgabe vorhanden sein sollen. Die Feuerwehr Wohlen ist ein Stützpunkt B- und eine Ortsfeuerwehr. Somit ist sie einerseits im Bezirk mit der Strassenrettung beauftragt und andererseits mit den gesetzlichen Aufgaben einer Ortsfeuerwehr. Seit 01.01.2008 ist sie auch für die Gemeinde Dottikon zuständig. Somit wird ein Gebiet mit rund 17'000 Einwohnerinnen und Einwohnern betreut. Nach den sogenannten Kommando-Akten des Aargauischen Versicherungsamtes ist sie aufgrund der Grösse der Gemeinde und des Risikopotentials in der höchsten Gefahrenklasse 4+ eingeteilt. Nach Vorgaben des AVA gehört dieses beantragte Fahrzeug, über welches wir heute abstimmen, in beschriebener Form zu der Pflichtausrüstung unserer Feuerwehr. Das auch, wenn die Zusammenlegung mit der Gemeinde Dottikon nicht zustande gekommen wäre. Die Ortsfeuerwehr Wohlen ist auch verpflichtet, im Umkreis von 6 km Luftlinie Nachbarschaftshilfe zu leisten. Das jetzige Fahrzeug ist 32 Jahre alt und reparaturanfällig. Es genügt den heutigen Ansprüchen weder in der Motoren- noch in der Fahrzeugtechnik. Im Finanzplan sind netto Fr. 330'000.— für eine Ersatzbeschaffung vorgesehen.

Prüfung der verschiedenen Varianten

Im Raume stand ein Occasionsfahrzeug zu kaufen. Laut Aussagen der Feuerwehrverantwortlichen sind keine so grossen Fahrzeuge auf dem Markt. Ebenfalls verfügt die Feuerwehr Dottikon nicht über diese Fahrzeuge, die wir bräuchten, weder in den Abmessungen noch von der Nutz-

last her. Der Umbau von Ölwehrfahrzeugen haben wir auch geprüft. Gemäss erfolgten Abklärungen müsste der Aufbau des 20-jährigen Ölwehrfahrzeuges komplett ersetzt werden. Die Gesamtkosten für diesen Umbau würden rund Fr. 390'000.— betragen. Die Abklärungen betreffend Leistungen und Subventionen haben ergeben, dass das AGV aufgrund verschiedener Alterskategorien eine Subventionierung ausschliesst. Auch das Leasing hat man abgeklärt, ob es überhaupt möglich wäre und ob es subventioniert wird. Dies ist nicht der Fall. Es würde nur der Restwert subventionsberechtigt sein.

Aus- bzw. Rückblick

Mit der Rückstufung zum Stützpunkt B hat das AGV einen einmaligen Betrag von Fr. 173'000.00 als Amortisationsbeitrag an die Auto-Drehleiter bezahlt. Dieser Betrag ist in der Investitionsrechnung 2006 verbucht. Der erwartende Subventionsbetrag von rund Fr. 158'000.00 für das jetzige Pikettfahrzeug wurde schriftlich durch das AGV bestätigt. Dies entspricht rund 35 % der Kosten. Die Feuerwehr Wohlen hat total 12 Fahrzeuge im Einsatz. Diese haben eine Abschreibungsdauer von ca. 20 bis 25 Jahre. Man kann davon ausgehen, dass durchschnittlich alle zweieinhalb Jahre ein Fahrzeug ersetzt werden muss. Das ist eine Vorgabe des AVA. In den nächsten 5 bis 7 Jahren sind das TLF 60 und die ADL 52 an der Reihe. Die GPK forderte eine Gesamtschau der Fahrzeuge.

Die GPK stimmt diesem Bericht und Antrag 11082 betr. Bewilligung eines Bruttokredites von Fr. 452'238.00 für die Anschaffung eines Pikettfahrzeuges (PIF) für die Stützpunktfeuerwehr Wohlen einstimmig zu. Die GPK dankt der Feuerwehr für die geleisteten und noch zu leistenden Einsätze ganz herzlich.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Vielen Dank Andy Bächer für seine Ausführungen der GPK. Das jetzige Pikettfahrzeug ist 32 Jahre alt und 1999 von der Firma Roche als billige und bereits alte Occasion angeschafft worden. Dass Betriebssicherheit und Einsatzbereitschaft in Zukunft gewährleistet werden kann, muss dieses Pikettfahrzeug ersetzt werden. Das Fahrzeug gilt seit 7 Jahren als abgeschrieben, ist reparaturanfällig und genügt nicht mehr den heutigen Ansprüche zur Erfüllung der gesetzlichen Aufträge. Dies weder seitens der Motoren noch seitens der Fahrzeugtechnik. Nach über 30 Jahren steht man einfach vor mechanischen Problemen. In dieses Fahrzeug Geld zu investieren, macht keinen Sinn. Fahrzeughersteller garantieren in der Regel während ca. 20 Jahren den Erhalt von Ersatzteilen. Gemäss Aargauischer Gebäudeversicherung ist ein Pikettfahrzeug in der beantragten Grösse Pflichtausrüstung für die Feuerwehr Wohlen. Zu den Kosten: Für die Fahrzeugbeschaffung wurde eine Ausschreibung gemäss Submissionsdekret eingeleitet. Aufgrund der Auswertung soll ein Fahrzeug der Firma Rosenbauer auf einem Mercedes Benz Chassis angeschafft werden. Es ist nicht nur das am günstigsten offerierte Fahrzeug, sondern auch zweckmässig auf die Bedürfnisse der Feuerwehr Wohlen abgestimmt. Die Anschaffung des Pikettfahrzeuges ist bereits mit brutto Fr. 550'000 (netto: Fr. 330'000) vorgesehen. Die Beschaffung wurde 2 Mal verschoben. Der beantragte Bruttokredit beträgt Fr. 452'000. Von der Aargauischen Gebäudeversicherung ist in der Zwischenzeit ein Subventionsbeitrag von Fr. 154'000 zugesichert worden. Das sind ca. 34.2 %. Das Pikettfahrzeug ist zudem in der Kostenberechnung des Gemeindevertrages mit Dottikon enthalten. Dottikon trägt einen Anteil über die Amortisationsberechnung für die Investitionen mit ihren jährlichen Beiträgen. Zu der Option Umbau von andere Fahrzeugen: Dies hat Andy Bächer bereits erwähnt. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit verzichte ich auf weitere Ausführungen. Was Andy Bächer erwähnte, wurde abgeklärt. Ich darf Ihnen versichern, dass sich die Feuerwehr auch hier ihrer finanziellen Verantwortung bewusst ist. Alle Feuerwehrleute sind Steuerzahler. Kurz eine kleine Statistik: Der Mannschaftsbestand der Feuerwehr Wohlen beträgt 107 Leute, Einsätze im letzten Jahr (von Grossbrand bis Entfernung von Wesepennestern): 123. Im Schnitt ergibt dies jeden 3. Tag ein Einsatz zu jeder Tages- und Nachtzeit. Übungen sind nicht darin berücksichtigt. Das Aargauische Feuerwehrgesetz und seine Verordnung verpflichten die Aargauer Gemeinde, ihre Feuerwehr nach den Vorschriften des AGV zu unterhalten. Die Feuerwehr ist auf den Ersatz des Pikettfahrzeuges angewiesen. Ich bitte Sie, der Beschaffung im Interesse der Gemeinde Wohlen und der Vertrags-

gemeinde Dottikon zuzustimmen, damit die Feuerwehr ihre Mittel zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages erhält.

Stäger Urs, SVP: Ich vertrete die Meinung der Fraktion SVP Wohlen-Anglikon zur Anschaffung eines neuen Pikettfahrzeugs für die Feuerwehr Wohlen. Da vieles schon erwähnt wurde, halte ich mich kurz: Ohne dieses PIF kann die Feuerwehr Wohlen ihren Auftrag nicht wahrnehmen. Wegen der Strassenrettung müssen zwei Fahrzeuge vorhanden sein, falls eines aussteigen sollte. Wir bitten die Verantwortlichen, dass die Informationen zukünftig besser fliessen und dass alle zukünftig anzuschaffenden Fahrzeuge in den Finanzplan aufgenommen werden. Es ist nur das aktuelle verzeichnet, alle weiteren findet man nicht im Finanzplan. Wir möchten die Gelegenheit nutzen und dem gesamten Korps der Feuerwehr für ihren Einsatz für die Gemeinschaft danken. Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon stimmt dem Bericht und Antrag einstimmig zu.

With Corinne, SP: Ich gebe die Fraktionsmeinung von SP/Eusi Lüt&Grüne bekannt. Wer das Rüstfahrzeug gesehen hat, hat gemerkt, dass es alt und es an der Zeit ist, es zu ersetzen. Andy Bächer hat einiges bereits gesagt, was ich auch sagen wollte. Was wir auch beanstanden, ist, dass der Einwohnerrat besser informiert werden sollte und die zukünftigen Ausgabeposten unbedingt budgetiert werden. Wir stimmen dem Bericht und Antrag zu.

Hübscher Bertha, EVP: Ich gebe die Fraktionsmeinung von EVP/Freis Wohlen bekannt. Am 06.03.2008 waren wir zu einem Augenschein und einer Orientierung eingeladen. Ich möchte Gemeinderat Toni Schürmann und der Feuerwehr nochmals dafür danken. Ich fand die Ausführungen und die Präsentation gut. Es wurde bereits vieles gesagt, so möchte ich nicht länger werden. Das Pikettfahrzeug ist alt. Mit dem neuen Pikettfahrzeug ist die Feuerwehr wieder bestens ausgerüstet. Wir stimmen dem Bericht und Antrag einstimmig zu.

Donat Ruedi, CVP: Die Feuerwehr Wohlen hat jedes Jahr 100 - 120 Einsätze zu leisten. Sie führt ca. 100 Übungen im Jahr durch, um im Einsatz bestehen zu können. 43 Angehörige unserer Feuerwehr haben im letzten Jahr insgesamt an 8 Kursen teilgenommen, das entspricht vollen 63 Kurstagen.

Die Feuerwehr Wohlen ist heute mit der Übernahme der Feuerwehr Dottikon die 4. grösste Feuerwehr im Kanton Aargau. Mit der Rückstufung zur Ortsfeuerwehr mit besonderen Aufgaben (Stützpunkt B = Strassenrettungseinsätze im Bezirk Bremgarten) hat sich die Arbeit unserer Feuerwehrleute nicht verändert. Die Ausbildung und die Anzahl Einsätze sind praktisch gleich geblieben, bedingt durch das Gefahrenpotenzial und dem Einzugsgebiet unserer Feuerwehr. Die Degradierung macht sich einzig im finanziellen Bereich bemerkbar. Heute leisten wir im Umkreis von 6 km unentgeltlich Nachbarschaftshilfe, was früher als Stützpunkteinsatz abgegolten wurde.

Nach der Rückstufung wäre es für die CVP nachvollziehbarer gewesen, wenn das Entgelt von Fr. 173'000.00 für die ADL in diesen Bericht und Antrag eingeflossen wäre. Es ist nicht einsehbar, warum dieser Betrag der Feuerwehr vorenthalten wurde. Für Stützpunktanschaffungen erhielten wir früher 80 - 85 % der Brutto-Investition von der AGV wieder zurück, heute (Status Ortsfeuerwehr) sind es noch 35 %!

Am Rande sei hier noch vermerkt, dass Wohlen mehr Einsätze zu bewältigen hat, als die meisten noch verbliebenen 6 Stützpunkte.

Dies sind Gründe, unsere Feuerwehr mit dem besten Material auszurüsten. Es ist nicht angebracht, 20 Jahre alte Fahrzeuge umzurüsten, um ein paar Franken zu sparen. Das neue Auto wird ein 1. Einsatzfahrzeug sein. Es wird gebraucht, wie die erwähnten Zahlen dies eindrücklich belegen. Geben wir unserer Feuerwehr diese Motivationsspritze, stimmen wir diesem Bericht und Antrag zu. Die CVP wird dies einstimmig tun.

Neeser Kurt, FDP: Es wurde bereits soviel gesprochen, ich habe nichts mehr beizufügen. Die FDP ist einstimmig für den Bericht und Antrag:

Abstimmung

Der gemeinderätliche Antrag

Bewilligung eines Bruttokredites von Fr. 452'238.—für die Beschaffung eines Pikettfahrzeuges für die Stützpunktfeuerwehr Wohlen

wird einstimmig genehmigt.

Gfeller Konrad, Präsident: Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 19. Mai 2008 statt. Ganz sicher wird der Bericht und Antrag über die Einführung der Grüngutgebühr traktandiert.

Für das Protokoll:

Konrad Gfeller, Präsident

Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.